

SOZIALBERICHT

BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT

=====

Volkszählung 1981 und Bevölkerungsveränderung 1971 - 1981

Die Volkszählung vom 12. Mai 1981 erbrachte ein endgültiges Ergebnis von 7,555.338 Einwohnern, das sind 63.812 Einwohner oder 0,85 % mehr als 1971.¹⁾ Dieses im Vergleich zu den 60er Jahren deutlich abgeschwächte Bevölkerungswachstum (1961 - 71: + 5,91 %¹⁾) wurde nur durch Wanderungen und nicht durch Geburtenüberschüsse erzielt. Der Geburtenrückgang hatte in den Jahren 1975 bis 1980 die Geburtenzahl unter jene der Sterbefälle gedrückt, insgesamt betrug das Geburtendefizit zwischen den Volkszählungstichtagen 1971 und 1981 10.000 Personen. Der Wanderungsgewinn dieser Periode war mit 74.000 Personen etwa gleich hoch wie 1961 bis 1971.

Bevölkerungswachstum 1971 bis 1981 nur durch Wanderungsgewinne

Bevölkerungsentwicklung 1971 - 1981

	Insgesamt	Österr. Staats- bürger	Ausländer
Bevölkerung, 1981 ¹⁾	7,555.338	7,263.890	291.448
Bevölkerung, 1971 ¹⁾	7,491.526	7,279.630	211.896
Veränderung, 1971-81	+ 63.812	- 15.740	+79.552
Geburtenüberschuß, -defizit	- 9.898	- 60.564	+50.666
Einbürgerungen	---	+ 64.621	-64.621
Wanderungsgewinne, -verluste	+ 73.710	- 19.797	+93.507

1) Wohnbevölkerung laut Volkszählung 1971 zuzüglich als vorübergehend anwesend gezählte ausländische Arbeitskräfte, die damals nicht zur Wohnbevölkerung gerechnet wurden. 1981 wurde auch dieser Personenkreis zur Wohnbevölkerung gezählt.

1) Die Vergleichszahlen der Volkszählung 1971 wurden in diesem Abschnitt stets um jene 35.123 ausländischen Arbeitskräfte erhöht, welche wegen eines ausländischen Familienwohnsitzes bei der Volkszählung bloß als vorübergehend anwesend und damit nicht zur Wohnbevölkerung gehörig gewertet wurden; denn 1981 zählte auch diese Kategorie zur Wohnbevölkerung.

Wanderungsverlust an Inländern, Wanderungsgewinn an Ausländern	Der Wanderungsgewinn an Ausländern war noch stärker: in der Dekade 1971 - 81 wanderten 94.000 Ausländer netto zu, während bei österreichischen Staatsbürgern die Abwanderung um 20.000 höher war als die Rückwanderung. Schätzungen zufolge dürften die Wanderungsverluste an Inländern in den 60er Jahren höher gewesen sein als in den 70er Jahren, ebenso die Wanderungsgewinne an Ausländern.
1971 - 1981: 65.000 Einbürgerungen	Der Wanderungsgewinn an Ausländern ist wesentlich größer als die Bestandsveränderung an ausländischen Arbeitskräften: die Arbeitsmarktstatistik wies für den Mai 1981 mit 174.000 nur um rund 30.000 Personen mehr aus, als für den Mai 1971 geschätzt wurde. Es müssen hier die Einbürgerungen in Rechnung gestellt werden: 65.000 Ausländer erhielten in dieser Periode die österreichische Staatsangehörigkeit, das sind rund 30 % des Ausgangsbestandes des Jahres 1971.
Geburtenüberschuß der Ausländer, Geburtendefizit der Inländer	Die "junge" Altersstruktur der Ausländer bedingte im Verein mit einer etwas über dem österreichischen Durchschnitt liegenden Geburtenhäufigkeit ein starkes Überwiegen der Geburten über die Sterbefälle: 1971 - 81 betrug der Geburtenüberschuß 51.000 Personen. Das Inländer-Geburtendefizit von 61.000 konnte damit weitgehend abgedeckt werden.
VZ 1981: knapp 300.000 Ausländer, das sind 80.000 mehr als 1971	Insgesamt hat sich die Zahl der Ausländer zwischen 1971 und 1981 um 80.000 bzw. 38 % erhöht. Sie betrug am 12.5.1981 291.000 Personen, das sind 3,9 % der Gesamtbevölkerung Österreichs (1971: 2,8 %). Andererseits lebten 1981 zahlreiche Österreicher im Ausland: 176.000 in der Bundesrepublik Deutschland, 31.000 in der Schweiz. Die genaue Zahl aller im Ausland lebenden österreichischen Staatsbürger ist unbekannt, mit Sicherheit sind es aber mehr als die in Österreich lebenden Ausländer (1975: 353.000 Auslandsösterreicher, siehe Stat.Nachr.1976, S. 333 f.).

Bevölkerung 1981 nach Bundesländern

Bundesland	Bevölkerung 1981	Veränderung gegen- über 1971 ¹⁾		Ausländer 1981	
		Zahl	% von 1971	Zahl	in %
1 Burgenland	269.771	-2.548	-0,9	2.021	0,7
2 Kärnten	536.179	+9.420	+1,8	8.156	1,5
3 Niederöst.	1,427.849	+7.033	+0,5	35.788	2,5
4 Oberöst.	1,269.540	+39.568	+3,2	33.500	2,6
5 Salzburg	442.301	+37.186	+9,2	22.152	5,0
6 Steiermark	1,186.525	-8.498	-0,7	14.953	1,3
7 Tirol	586.663	+42.180	+7,7	27.580	4,7
8 Vorarlberg	305.164	+28.010	+10,1	33.875	11,1
9 Wien	1,531.346	-88.539	-5,5	113.423	7,4
1+3+9 Ost	3,228.966	-84.054	-2,5	151.232	4,7
2+6 Süd	1,722.704	+922	+0,1	23.109	1,3
4+5+7+8 West	2,603.668	+146.944	+6,0	117.107	4,5
Österreich	7,555.338	63.812	+0,9	291.448	3,9

1) Bevölkerung 1971 einschl. "vorübergehend anwesende Ausländer"

Die Einbürgerungen konnten einen leichten Rückgang der Zahl österreichischer Staatsbürger um 16.000 Personen nicht verhindern, als Folge des Geburtendefizites und des Wanderungsverlustes insbesondere gegenüber der BRD.

Inländer:
geringer
Rückgang

Vorarlberg verzeichnete mit einer Zunahme um 10,1 % das stärkste Bevölkerungswachstum unter den Bundesländern, Wien die stärkste Bevölkerungsschrumpfung: - 5,5 %. Es war hier zu berücksichtigen, daß ein Bruch in der Zählungstradition eingetreten ist, der sich vor allem in Ostösterreich ausgewirkt hatte; das Volkszählungsgesetz 1980 räumte Zweitwohnungsbesitzern de facto eine Wahlmöglichkeit für ihren Zählwohnsitz ein. Nach einer Korrekturerhebung bei diesen Bevölkerungsgruppen wurde der ursprüngliche Bevölkerungsrückgang Wiens von -6,4 % auf -5,5 % korrigiert.

West-Ost-Ge-
fälle der Be-
völkerungs-
entwicklung

Faßt man die Bundesländer zu drei großen regionalen Einheiten zusammen, wird das traditionelle West-Ost-Gefälle der Bevölkerungsentwicklung auch in den 70er Jahren sichtbar: Westösterreich wuchs kräftig infolge von Geburtenüberschüssen und - sekundär - Wanderungsgewinnen; Südösterreich (Steiermark, Kärnten) stagnierte, da die Geburtenüberschüsse die Wanderungsverluste kompensierten; in Ostösterreich reichten die Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland nicht aus, um die Geburtendefizite auszugleichen.

113.000
Ausländer
in Wien

Das Bundesland mit den meisten Ausländern ist Wien (113.000). Damit leben 40 % aller in Österreich wohnhaften Ausländer in Wien. Der Ausländer-Anteil an der Wohnbevölkerung beträgt 7,5 %. Einen noch höheren Anteil, nämlich 11,1 % verzeichnet nur noch Vorarlberg.

Aktuelle Trends in der Bevölkerungsentwicklung

1982: Zu-
nahme der
Bevölke-
rungszahl
gegenüber
1980

Als Folge des Wiederanstiegs der Geburtenzahl war auch 1982 wieder ein Geburtenüberschuß zu verzeichnen; die Geburten überwogen die Sterbefälle um 3.501. Die Wanderungsbilanz gegenüber der BRD dürfte ziemlich ausgeglichen gewesen sein. Die Zahl jugoslawischer und türkischer Arbeitskräfte ist 1982 weiterhin gesunken. Insgesamt dürfte 1982 die Bevölkerung deutlich zugenommen haben.

Auch 1982
Anstieg der
Geburtenzahl

Seit dem Tiefpunkt von 1978 steigt die Geburtenzahl wieder an: 1979 um 1,2 %, 1980 um 5,2 %, 1981 um 3,4 % und 1982 um 1,0 %. Zum Teil ist der Geburtenzuwachs die Folge des letzten Baby-Booms: Die um 1960 geborenen Babies sind selbst Eltern geworden. Aber auch die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau, gemessen durch die Gesamtfruchtbarkeitsrate, stieg an. Der Geburtenzuwachs war bis zur Hälfte auf

die gestiegene Zahl junger Frauen und die gestiegene Fruchtbarkeit (pro Frau) zurückzuführen.

Lebendgeborene

	Insgesamt	Unehelich Zahl	in %	Ausl. in %	Gesamt- fruchtbar- keitsrate	Netto- reprod. rate
1978	85.402	12.637	14,8	7,8	1,63	0,77
1979	86.388	14.289	16,5	7,7	1,62	0,77
1980	90.872	16.153	17,8	7,1	1,68	0,80
1981	93.942	18.270	19,4	7,3	1,71	0,82
1982	94.840	20.476	21,6	7,4	1,70	0,82

Der Anstieg der Fruchtbarkeit kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gegenwärtige Geburtenzahl noch keineswegs einen vollständigen Ersatz der Generation bedeutet. Aus diesem Grund wäre es unzutreffend, den gegenwärtigen Geburtenanstieg als einen "Baby-Boom" zu bezeichnen.

Die Zahl der unehelichen Geburten steigt seit 1977. In den letzten drei Jahren war der Anstieg mit jeweils 13 % sehr deutlich ausgefallen. Die Unehelichenquote steigt schon seit 1965: damals waren nur 11,2 % aller Lebendgeborenen unehelich zur Welt gekommen, 1982 waren es bereits 21,6 %. Unehelich gezeugte Kinder wurden in den letzten Jahren zunehmend häufiger auch unehelich zur Welt gebracht und führten seltener zu einer sogenannten "Muß-Ehe": Die Bereitschaft zur unehelichen Mutterschaft ist nicht zuletzt infolge der Verbesserung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes gestiegen, steht aber auch im Zusammenhang mit dem west- und nordeuropäischen Trend zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft vor allem in Form der "Probeehe". Bemerkenswerterweise sind uneheliche Geburten nicht in der modernen großstädtischen Kultur besonders häufig, sondern dort, wo Illegitimität schon immer akzeptiert wurde: so wurden 1982 in Kärnten 34 % und in Salzburg 32 % aller Kinder unehelich geboren, in einzelnen ländlichen Bezirken war die Quote noch weit höher.

1982 jedes
5. Kind un-
ehelich ge-
boren

7 % Ausländergeburten

Ausländergeburten machten 1982 ebenso wie im Vorjahr 7 % aller Lebendgeburten aus. Dieser Anteil ist regional stark differenziert: in Vorarlberg betrug er 1981 17,9 %, in Wien 18,8 %.

Da gegenwärtig starke Geburtenjahrgänge in das Hauptsterbealter von 70 und mehr Jahren einrücken, war auch im Falle einer gleich gebliebenen Sterblichkeit je Alterskategorie mit einem Anstieg der Sterbefälle zu rechnen. Tatsächlich verringerte sich die Gestorbenenzahl um 1354 Personen, der Anstieg der Lebenserwartung hat sich damit erneut fortgesetzt und zwar stärker als im Vorjahr. Für 1982 kann die Lebenserwartung bei der Geburt auf 69,5 (Männer) und 76,6 (Frauen) veranschlagt werden.

Sterblichkeit und Lebenserwartung

	Sterbefälle	Lebenserwartung in Jahren				Säugl.-sterbeziffer
		bei der Geburt		im Alter von 60 Jahren		
		Männl.	Weibl.	Männl.	Weibl.	
1978	94.617	68,52	75,81	15,93	19,99	15,0
1979	92.012	68,86	76,11	16,24	20,39	14,7
1980	92.442	68,97	76,15	16,39	20,41	14,3
1981	92.693	69,18	76,59	16,42	20,49	12,7
1982	91.339	69,46	76,61	16,62	20,72	12,8

Weniger Sterbefälle als prognostiziert

Der steile und bislang ungebrochene Aufwertstrend der Lebenserwartung, der Beginn der 70er Jahre eingesetzt hatte, hat alle Erwartungen übertroffen. So liegen die prognostizierten Gestorbenenzahlen sowohl bei der Bevölkerungsprognose des Österreichischen Statistischen Zentralamtes als auch bei jener der Pensionsprognose des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger für 1981 z.T. deutlich zu hoch.

Etwa 1/3 des Anstiegs der Lebenserwartung bei der Geburt ging in den 70er Jahren auf das Konto des Rückgangs der Säuglingssterblichkeit. Von 1981 auf 1982 stagnierte die Säuglingssterblichkeit.

Mit 12,8 Promille war sie 1982 nur noch halb so hoch wie 1971. Aber auch die Alterssterblichkeit dürfte sich, wie schon in den letzten Jahren, weiter verringert haben: Die Lebenserwartung der 60jährigen stieg stetig an.

Für die Analyse der Wanderungsbewegungen muß auf singuläre Quellen zurückgegriffen werden, eine reguläre Wanderungsstatistik existiert in Österreich nicht. Jene der Bundesrepublik Deutschland gibt Auskunft über die Wanderungen zwischen Österreich und der BRD:

Wanderungen zwischen Österreich und der BRD

	Insgesamt			darunter: Berufstätige		
	BRD nach Österr.	Österr. nach BRD	Saldo für Österr.	BRD nach Österr.	Österr. nach BRD	Saldo für Österr.
1978	16.892	18.433	-1.541	7.590	13.142	-5.552
1979	17.271	24.445	-7.174	7.911	18.527	-10.616
1980	21.135	27.849	-6.714	9.866	21.368	-11.502
1981	23.199	24.324	-1.125	9.752	17.585	-7.933
1982,						
1.-3.Qu.	15.794	14.880	-914	8.318	10.342	-2.024
%-Änd.1)	-8,3	-24,4	-	-17,9	-27,4	-71,9

Quelle: Wanderungsstatistik der BRD

1) Änderung 1.3. Qu. 1982 gegenüber 1.-3.Qu. 1981

Die bisher vorliegenden Quartalsergebnisse zeigen einen Anstieg der Zuwanderung (meist Rückwanderung) nach Österreich und eine verringerte Abwanderung in die BRD. Berücksichtigt man eine gewisse Untererfassung der Zuwanderung nach Österreich, so dürfte der Wanderungssaldo 1982 ziemlich ausgeglichen gewesen sein (bei den Berufstätigen aber immer

Keine Wanderungsverluste gegenüber BRD und Schweiz im Jahre 1982

noch negativ), gegenüber einem Wanderungsverlust in den beiden vorangegangenen Jahren. Die seit 1974 meist positive Wanderungsbilanz gegenüber der Schweiz fällt wegen ihrer geringen Größe dagegen kaum ins Gewicht.

1982 Wanderungsverlust gegenüber Jugoslawien

Anhaltspunkte für den Wanderungssaldo gegenüber Jugoslawien und der Türkei bieten die Arbeitsmarktstatistiken. Unter der Annahme, daß sich die Abgänge durch Einbürgerungen und die Zugänge durch Berufseintritte nach Schulabschluß die Waage halten und die Erwerbsquoten sich nicht verändert haben, spiegelt die Bestandsveränderung der Beschäftigten und Arbeitslosen den Wanderungssaldo wider:

Jugoslawische und türkische Arbeitskräfte

Jahresdurchschnitt	Unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose		
	Insgesamt	Jugoslawien	Türkei
1978	152.097	125.200	26.897
1979	145.258	118.100	27.158
1980	146.556	117.873	28.683
1981	145.137	115.131	30.006
1982	134.321	103.847	30.474
Jänner 1981	138.308	110.666	27.642
Jänner 1982	132.822	104.450	28.372
Jänner 1983	123.826	95.482	28.344

Der Vergleich der Jännerwerte 1982/83 läßt auf einen Abwanderungsüberschuß von jugoslawischen und türkischen Arbeitskräften in der Größenordnung von beinahe 10.000 schließen, zuzüglich der mitwandernder Familienangehörigen. Die Gliederung nach der Staatsangehörigkeit zeigt, daß nur Jugoslawen davon betroffen waren, die Zahl der Tütken ist gleichgeblieben.

Nachdem 1981 34.557 Flüchtlinge, darunter 29.091 Polen in Österreich um Asyl angesucht haben, hielten sich am 1.1.1983 noch 8.375 Flüchtlinge in

staatlich betreuten Lagern, Heimen oder Gasthöfen auf. 1982 verließen 14.317 Flüchtlinge, darunter 4.442 Polen Österreich.

Flüchtlinge

	Zustrom von Flüchtlingen		Auswanderung von Flüchtlingen aus Österreich	
	Insg. dar.: Polen		Insg. dar.: Polen	
1978	3.412	773	2.071	.
1979	5.627	1.095	2.597	.
1980	9.259	2.181	3.818	773
1981	34.557	29.091	6.909	4.215
1982	6.314	1.870	14.317	12.442

Quelle: Zustrom gemäß Bundesministerium für Inneres;
Auswanderung gemäß Meldungen des I.C.M.

1982 war der Trend der Einbürgerungen weiterhin rückläufig, die Zahl der Staatsbürgerschaftserwerbungen sank gegenüber 1980 ^{mehr als} um 10 %. Mit einem Anteil von 16 % sind die Jugoslawen als die größte Ausländergruppe an den Einbürgerungen nur relativ schwach vertreten.

weitere Abnahme der Einbürgerungen gegenüber 1980

Inlandswirksame Erläuterungen:

Insgesamt		Darunter: Bisherige Staatsbürgerschaft			
		Deutschland		Jugoslawien	
		Zahl	%	Zahl	%
1978	6.562	2.018	30,8	1.197	18,2
1979	7.333	2.072	28,3	1.405	19,2
1980	8.176	2.077	25,4	1.823	22,3
1981	7.591	1.844	24,3	1.507	19,9
1982 ¹⁾	7.159	1.799	25,1	1.185	16,6

1) Nur Einbürgerungen von Personen mit österreichischem Wohnsitz. Erst ab 1982 können alle Personen mit ausländischem Wohnsitz ausgeschieden werden, zuvor war es nur zum Teil möglich. Die nach der alten Definition ermittelten Einbürgerungszahl für 1982 würde 7.327 betragen.

- 10 -

Eheschließun-
gen

Der Anstieg der Zahl der Eheschließungen setzte sich nicht fort. Zum Großteil hatte der frühere Anstieg eine einfache Ursache: die Zahl junger Frauen war größer geworden. Die - altersstrukturbereinigte - Gesamtheitsrate ist nach wie vor sehr niedrig: für die heute junge Generation kann erwartet werden, daß nur 70 % bis zum Alter von 50 Jahren heiraten werden (um 1960: 92 %), wenn es nicht bald zu einem Nachholen von aufgeschobenen Heiraten kommen sollte. Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern sind neben die Institution der Ehe andere Lebensformen wie Lebensgemeinschaften ohne Trauschein und, wenn- gleich in viel geringerem Maß, das Leben als "Single" als attraktive Alternativen getreten.

Eheschließungen und Ehescheidungen

	Heiraten insges.	Ersthei- raten (Frau war ledig)	Gesamt- ersthei- ratsrate (%)	Eheschei- dungen	Gesamt- schei- dungs- rate (%)
1978	44.573	37.890	68,9	12.400	23,6
1979	45.445	38.594	68,9	13.072	25,3
1980	46.435	39.602	69,3	13.327	26,3
1981	47.768	40.572	69,8	13.369	26,6
1982	47.643	40.785	69,1	14.298	28,5

() Geschätzter Wert

Erstmals
Stagnation
der Schei-
dungen

Erstmals seit langer Zeit hat sich der Anstiegstrend der Ehescheidungen im Jahre 1981 entscheidend abgeschwächt. Gegenwärtig endet jede 4. Ehe vor dem Scheidungsrichter (1981: geschätzte 26,5 %).

Änderungen in der Bevölkerungsstruktur

Strukturdaten der Volkszählung 1981 liegen noch nicht vor. Die Veränderungen in der Altersstruktur und in der Familienstandsgliederung werden aber auch durch die bisherige Bevölkerungsfortschreibung hinreichend gut wiedergegeben, wenngleich das Niveau der Bevölkerungszahlen in manchen Altersgruppen etwas zu niedrig ist.

Als Konsequenz des Baby-Booms der 60er Jahre war in den 70er Jahren die Zahl der 15- bis 60jährigen Personen stark gestiegen und hatte in den letzten Jahren zu Unterbringungsschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt geführt. Der Zuwachs des potentiellen Arbeitsmarktangebotes hielt 1982 weiter an, die Zuwachsraten wurden aber seit 1978 immer schwächer. 1982 betrug der Zuwachs nur noch 21.000, 1981 waren es noch 26.100 gewesen.

1982 Zuwachs
des Erwerbs-
potentials
weiter abge-
schwächt.

Bevölkerung nach Alter und Geschlecht (in 100)

Jahr 1)	Insges.	Unter 15 Jahre	15 bis unter 60 Jahre	dar.: 15-u. 20 J.	60 und mehr Jahre	dar.: 75 u. m. M.
Männlich und weiblich						
1978	7.508,4	1.627,3	4.422,0	623,2	1.459,1	428,1
1979	7.503,3	1.581,0	4.481,5	637,6	1.440,8	438,6
1980	7.505,2	1.539,8	4.523,2	646,9	1.442,1	449,8
1981+	7.507,8	1.505,6	4.549,3	647,6	1.452,9	460,0
1982+	7.510,2	1.475,0	4.570,3	642,3	1.465,0	469,3
Männlich						
1978	3.546,3	832,7	2.166,8	318,5	546,9	138,3
1979	3.546,7	809,3	2.201,0	325,4	536,4	141,8
1980	3.551,0	788,6	2.228,8	329,8	533,7	145,8
1981+	3.556,0	771,3	2.249,7	330,0	535,0	149,1
1982+	3.560,8	755,8	2.267,9	327,3	537,1	151,5
Weiblich						
1978	3.962,1	794,7	2.255,2	304,7	912,2	289,8
1979	3.956,6	771,7	2.280,5	312,2	904,4	296,8
1980	3.954,1	751,3	2.294,5	317,1	908,4	304,0
1981+	3.951,8	734,3	2.299,7	317,5	917,9	310,9
1982+	3.949,4	719,2	2.302,4	314,9	927,9	317,8

Quelle: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der
Volkszählung 1971

+ Für 1981 und 1982 geschätzte Zahlen. Volkszählungs-
ergebnisse 1981 nach Alter und Geschlecht liegen
noch nicht vor.

1) Jahresdurchschnitt

Weibliches
Erwerbspotential
stagniert

Das weibliche Erwerbspotential erhöhte sich nur
mehr wenig, der Großteil des Zuwachses entfiel auf
die Männer. Die Zunahme der Zahl der 15-20jährigen
hatte 1981 zu stagnieren gebonnen, 1982 sank sie bereits.

Leichte
Zunahme
der über
60jährigen

Österreich hat gemeinsam mit den beiden deutschen
Staaten den höchsten Anteil älterer und alter Men-
schen unter allen Ländern der Welt (1982: 19,5 %
über 60jährige). Nach einem Rückgang um 100.000
Personen zwischen 1974 und 1979 stieg die Zahl der
über 60jährigen in den letzten beiden Jahren wieder
leicht an. Der mäßige Anstiegstrend wird noch etwa
10 Jahre anhalten. Der Zuwachs 1981/82 entfiel vor-

wiegend auf die hochbetagte Bevölkerung im Alter von über 75 Jahren. Diese, zu zwei Drittel von Frauen dominierte Altersgruppe war auch noch nicht vom rückläufigen Trend erfaßt worden, der sich bei der Gesamtzahl der über 60jährigen 1974-79 gezeigt hatte, ein Rückgang wird hier erst mit 15jähriger Verzögerung einsetzen (ab 1990).

Infolge des Geburtenrückganges 1964-78 ist 1982 die Zahl der unter 15jährigen Personen weiter zurückgegangen. Auch diese Entwicklung wird noch einige Jahre andauern, bis sich der gegenwärtige Geburtenanstieg auswirkt.

Rückgang der unter 15-jährigen

Durch diese Altersstrukturveränderungen kam es auch 1982 zu einer weiteren Entlastung der Bevölkerung im Erwerbsalter: Die Kinderbelastungsquote ging zurück, 1982 entfielen nur mehr 3232 unter 15jährige auf 1000 15- bis 60jährige (1970 waren es noch 443 gewesen). Die Altenbelastungsquote begann wieder leicht zu steigen: 1982 entfielen 321 über 60jährige auf 1000 15- bis 60jährige. Damit ist der Rückgang der Altenbelastungsquote, der seit 1974 zu beobachten war, zum Stillstand gekommen (1974: 367); in den nächsten Jahren wird die Altenbelastungsquote ziemlich unverändert bleiben. Die demographische Gesamtbelastungsquote als Summe von Kinder- und Altenbelastungsquote ging damit weiter zurück:

Rückgang der Gesamtbelastungsquote, leichter Anstieg der Altenbelastungsquote

Demographische Belastungsquoten

Jahres- durch- schnitt	Auf 1000 15- bis 60jährige Personen entfallen Personen im Alter von Jahren:		
	unter 15 =Kinder-BQ	über 60 =Alten-BQ	unter 15 + über 60 =Gesamt-BQ
1978	368	330	698
1979	353	322	674
1980	340	319	659
1981+	331	319	650
1982+	323	321	643

Quelle: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1971.
+ Für 1981 und 1982 geschätzte Zahlen

1982 entfielen 643 Kinder (unter 15jährige) und ältere Menschen (über 60jährige) auf 1000 Personen, die sich im Erwerbsalter von 15 bis 60 Jahren befanden. 1970 hatte diese Relation noch 808 : 1000 betragen.

Schwankungen der demographischen Belastungsquoten drücken sich nur vermittelt in Veränderungen des Verhältnisses Nichtberufstätige zu Berufstätige aus, da nicht jeder 15- bis 60jährige berufstätig und nicht jeder Ältere nicht mehr berufstätig ist.

Erwerbsquoten

Berufstätige = Selbständige einschl. Mithelfende, unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose.

Jahres- durchschnitt	Berufs- tätige insges.	Ände- rung 1)	Er- werbs- quote	Unselbst. Berufs- tätige 2)	Ände- rung 1)	Uns. Berufs- tätige
	in 1000		%	in 1000		in % d. Bevölk.
1978	3.316,8	+15,5	44,2	2.816,3	+28,0	37,5
1979	3.321,6	+4,8	44,3	2.830,4	+14,1	37,7
1980	3.326,1	+4,5	44,3	2.814,9	+11,5	37,9
1981	3.344,8	+18,7	44,6+	2.867,9	+26,0	38,2+
1982	3.341,6	-3,2	44,5	2.871,7	+3,8	38,2

Quelle: Berufstätige lt. WIFO, Bevölkerung lt. Bevölkerungsfortschreibung

1) Gegenüber dem Vorjahr.

2) Einschl. Arbeitslose

+ Bei Bezug auf die Bevölkerung lt. Volkszählung
1981: 44,3 bzw. 38,0 %.

1982 Erwerbs-
quote rück-
läufig

1982 gab es 3.200 Berufstätige weniger als im Jahr zuvor. Ihre Zahl hat sich damit erstmals seit den vorangegangenen Jahren vermindert. Bei nahezu konstanter Bevölkerungszahl bedeutet dies eine rückläufige Erwerbsquote (Anteil der Berufstätigen an der Gesamtbevölkerung). Leicht gestiegen ist die Zahl der unselbständig Berufstätigen, während der Rückgang der Selbständigen

der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen weiter anhielt.

Die Ergebnisse des Mikrozensus demonstrieren, in welcher Form die Altersstrukturverschiebungen und die veränderte Erwerbsneigung den Rückgang des nicht berufstätigen Teils der Bevölkerung bewirkten: 1981 ging die Zahl der "Nur"-Hausfrauen und der sonstigen, von Anderen erhaltenen Personen weiterhin stark zurück, während die Zahl der Pensionisten dank einer Zunahme der weiblichen Pensionisten etwas höher war als im Jahr zuvor.

"Nur"-Hausfrauen und sonstige Erhaltene rückläufig, geringe Zunahme der Pensionisten

Nichtberufstätige: Pensionisten und erhaltene Personen
(in 1.000)

	Pensionisten zusammen	dar.: Frauen	"Nur"- Haus- frauen	Sonstige erhaltene Personen	Nichtbe- rufstätige insgesamt
1978	1.392,4	818,1	964,8	2.072,5	4.429,6
1979	1.389,8	813,0	959,1	2.038,9	4.387,8
1980	1.411,7	832,1	953,4	2.013,3	4.377,3
1981	1.413,0	838,8	928,3	1.993,5	4.337,2

Quelle: Mikrozensus (Jahresdurchschnitt)

Familienstandsgliederung der 15- und mehrjährigen
Bevölkerung (in 1.000)

	Insge- samt	Ledige	Verhei- ratete	Geschie- dene	Verwitwete zus.	Witwer	Witwen
1977	5.845	1.532	3.418	223	671	96	575
1978	5.881	1.574	3.407	231	669	96	573
1979	5.922	1.619	3.398	239	667	95	572
1980	5.965	1.661	3.392	248	664	94	570
1981	6.002	1.698	3.387	257	661	94	567

Quelle: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der
VZ 1971

Die Familienstandsgliederung der Bevölkerung für 1982 liegt noch nicht vor. 1981 setzten sich die bisherigen Tendenzen fort: Die Zahl der über 15-jährigen Ledigen und jene der Geschiedenen stieg kräftig an, jene der Verheirateten und Verwitweten ging leicht zurück. 1981 waren 95 % der Verwitweten über 50 und 83 % über 60 Jahre alt. Auf einen Witwer entfielen sechs Witwen.

Weiterhin leichter Rückgang der Zahl der Witwer und Witwen

1982 2 Mill. Familien, darunter 238.000 alleinstehende Elternteile mit Kind

Im September 1982 zählte der Mikrozensus 2.028.000 Familien, d.h. in einem Haushalt zusammenlebende Ehepaare mit oder ohne Kinder sowie Elternteile mit ihren Kindern. Ein Drittel aller Familien bestand aus einem - zumeist älteren - Ehepaar ohne Kind(er) im Haushalt, etwas mehr als die Hälfte der Familien bestand aus einem Ehepaar mit Kind(ern). Bei den Ehepaaren sind auch deklarierte Lebensgemeinschaften mitinbegriffen. 238.000 Familien setzten sich nur aus einem Elternteil mit Kind bzw. Kindern zusammen, größtenteils handelt es sich bei dem Elternteil um die Mutter. Ein Viertel dieser Mütter sind noch ledig (47.000). Entwicklungstrends dieser Familientypen können gegenwärtig nicht angegeben werden, da Mikrozensus-Vergleichszahlen vorerst noch fehlen, und die Volkszählung 1971 aus erhebungstechnischen Gründen diesbezüglich nicht geeignet erscheint.

Familien 1982

Familien insgesamt	2,028.000
Familien mit Kind(ern) zusammen	1,404.000
Beide Eltern vorhanden	1,166.000
Nur ein Elternteil vorhanden, zus.	238.000
Vater	30.000
Mutter, zusammen	208.000
nicht-ledige Mutter	161.000
ledige Mutter	47.000
Ehepaare ohne Kinder	624.000

Quelle: Mikrozensus September 1982

Konjunktur und Arbeitsmarkt

1. Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1982

1.1 Internationale Rahmenbedingungen

Die Konjunkturentwicklung im abgelaufenen Jahr war von der anhaltenden Krise der Weltwirtschaft geprägt, die im Frühjahr 1980 - nach dem "zweiten Ölpreisschock" - eingesetzt hatte, und deren Überwindung sich auch jetzt nur zögernd abzeichnet. Der Welthandel schrumpfte real um 2%, dies war der stärkste Rückgang der Nachkriegszeit. In den Industrieländern stagnierten Nachfrage und Produktion, das reale Brutto-Sozialprodukt der OECD-Staaten sank gegenüber dem Vorjahr um 1/4%.

Auslösendes Moment der Wirtschaftskrise war die neuerliche, sprunghafte Ölpreissteigerung des Jahres 1979, die für die Industrieländer einen ähnlich hohen Verlust an Kaufkraft bedeutete wie jene an der Jahreswende 1973/74. Damals konnte die Rezession jedoch relativ rasch überwunden werden, da die Wirtschaftspolitik in den meisten Ländern bereit war, durch konjunkturbelebende Maßnahmen den Nachfrageausfall wettzumachen. Der neuerliche Preisschub traf die Volkswirtschaften unter wesentlich ungünstigeren Voraussetzungen: nach der Über-

Übersicht 1

BIP-Wachstum international

	Durchschnittliches Wachstum		1981	1982
	1966/1973	1974/1981	Veränderung	gegen das Vorjahr in %
USA	3,3	2,2	2,3	- 1,7
Japan	9,7	3,7	3,2	3,0
BRD	4,3	2,1	- 0,2	- 1,1
Frankreich	5,5	2,5	0,2	1,5
Großbritannien	3,2	0,5	- 2,0	1,2
Italien	5,3	2,4	3,8	- 4,8
Schweden	3,6	1,6	- 0,6	0,5
Schweiz	4,1	0,5	1,9	- 1,3
Österreich	5,0	2,6	0,0	1,1
OECD-Europa	4,8	2,0	- 0,3	0,4
OECD insgesamt	4,7	2,3	1,5	- 0,2

Q: OECD, nationale und eigene Berechnungen.

wälzung der höheren Energiepreise befand sich die Inflation noch auf einem relativ hohen "Sockel"; die staatlichen Maßnahmen zur Konjunkturanhebung hatten die Budgetdefizite stark vergrößert; die Leistungsbilanzen vieler Länder waren nach der massiven Verschlechterung der terms-of-trade aus dem Gleichgewicht geraten.

Unter dem Eindruck dieser ungünstigen Rahmenbedingungen entschied sich die Wirtschaftspolitik in vielen Ländern für einen restriktiven Kurs. Durch Entzug von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage sollte die Inflation gedämpft und eine weitere Belastung der Leistungsbilanzen sowie der öffentlichen Haushalte vermieden werden. Diesem Ziel diente einerseits die Beschränkung des Geldmengenwachstums bei hohen Zinsen, andererseits die Kürzung von öffentlichen Ausgaben. Diese Politik verstärkte somit den Nachfrageausfall auf Grund der Ölverteuerung und verlängerte so die wirtschaftliche Rezession.

Zwar gelang es mit dieser Politik, den Preisauftrieb merklich zu dämpfen, doch führte die geringere Nachfrage zu einem Rückgang von Produktion und Beschäftigung. In Westeuropa mündete ein kurzer, scharfer Konjunkturrückgang in eine nahezu zweijährige Stagnation, die ab der Jahresmitte 1982 von einer neuerlichen Rezession abgelöst wurde. Die Folgen der Krise zeigten sich am deutlichsten in der anhaltenden Verschlechterung

rung auf dem Arbeitsmarkt. Sie konnte jedoch keine Kursänderung der Wirtschaftspolitik bewirken, die ganz bewußt der Inflationsbekämpfung den Vorrang gegenüber der Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung einräumte. In Westeuropa sank die Beschäftigung in den beiden letzten Jahren um jeweils 1%. Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich schon in der Rezession 1974/75 mehr als verdoppelt und war auch in den folgenden Jahren kaum gesunken. Zu Beginn der gegenwärtigen Krise betrug der "Sockel" der Arbeitslosigkeit in den OECD-Ländern bereits etwa 20 Mill. Personen. Gegenwärtig beträgt ihre Zahl knapp 34 Millionen.

1.2 Ziele der Wirtschaftspolitik in Österreich

Eine kleine, stark auslandsorientierte Volkswirtschaft ist in vielfacher Weise vom internationalen Konjunktugeschehen abhängig. So wurden auch in Österreich die Rezession und ihre Folgen zunehmend spürbar. Ab dem Frühjahr 1982 gingen die Exporte deutlich zurück, da vor allem die OPEC-Länder (auf Grund sinkender Erträge aus dem Erdölverkauf) und die nicht-erdölexportierenden Entwicklungsländer (auf Grund von Zahlungsschwierigkeiten) ihre Käufe stark einschränkten. Die Nachfrage aus den Industriestaaten hatte schon zuvor stagniert. Erst gegen Jahresende kam der Exportrückgang zum Stillstand. Dagegen schwächte sich die Inlandsnachfrage nur gering-

Übersicht 2Arbeitslosigkeit international

	1970		1975		1981		1982	
	absolut in 1.000 Personen	Rate in %	absolut in 1.000 Personen	Rate in %	absolut in 1.000 Personen	Rate in %	absolut in 1.000 Personen	Rate in %
USA	4.093	4,9	7.928	8,5	8.273	7,6	10.678	9,7
Japan	593	1,1	998	1,9	1.259	2,2	1.359	2,4
BRD	148	0,7	1.086	4,7	1.296	5,6	1.855	7,6
Frankreich	262	2,4	840	4,1	1.773	7,3	2.008	8,7
Großbritannien	602	2,6	902	3,9	2.420	10,6	2.793	12,0
Italien	1.111	5,4	1.230	5,8	1.913	8,4	2.068	9,1
Schweden	59	1,5	67	1,6	108	2,5	137	3,2
Schweiz	0,1	0,1	10	0,3	6	0,2	13	0,4
Österreich	45	1,9	55	2,0	69	2,4	105	3,7
OECD-Europa	2.789	3,4	5.522	4,4	13.800	8,4	16.250	9,6
OECD-insgesamt	9.736	3,3	19.622	5,7	24.700	7,1	30.250	8,4

 Q: OECD.

- 22 -

fällig ab - vor allem der private Konsum erwies sich als robust und blieb auf hohem Niveau - und stabilisierte so die Konjunktur.

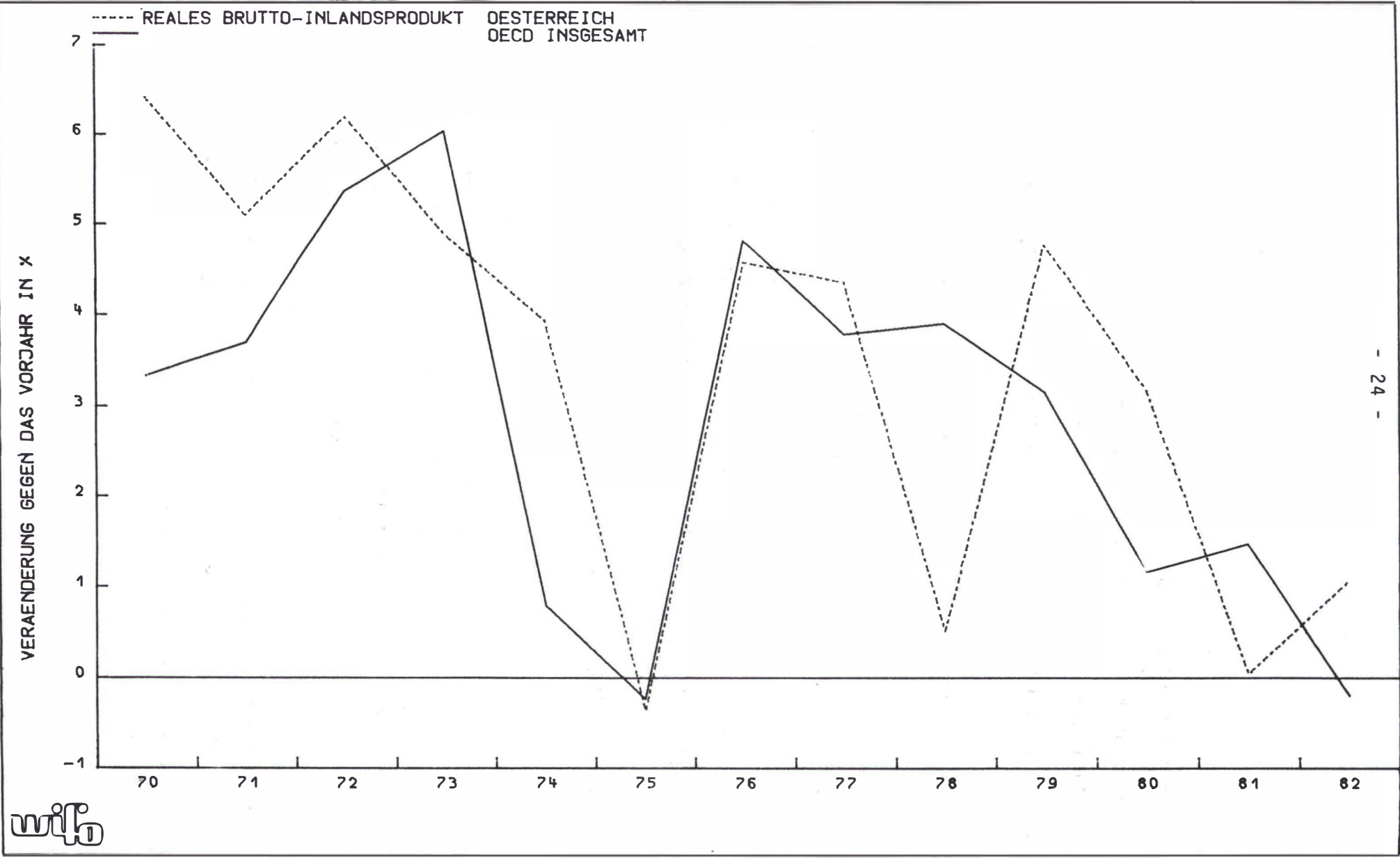
Zu dieser Stabilisierung gab die Wirtschaftspolitik wichtige Impulse. Zum Unterschied von manchen anderen Ländern gab sie der Sicherung der wirtschaftlichen Aktivität und eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus Vorrang vor der Bekämpfung der Inflation und der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Bereits zu Anfang des Jahres beschloß die Bundesregierung ein "Beschäftigungsprogramm" - öffentliche Investitionen bzw. Förderungsmaßnahmen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen -, ein zweites folgte im Herbst. Schließlich wurde auch der Konjunkturausgleichshaushalt des Bundes freigegeben. Diesen Maßnahmen war es unter anderem zu danken, daß der Einbruch der Bauwirtschaft gegen Jahresende zum Stillstand kam.

Auch die Geldpolitik war bestrebt, ihren autonomen Handlungsspielraum zu nützen und unterstützte den in Gang gekommenen Zinssenkungsprozeß; sie konnte dies jedoch nur im Gleichschritt mit dem Ausland tun, da eine einseitige "Abkoppelung" vom nach wie vor hohen internationalen Zinsniveau zu Kapitalabflüssen ins Ausland geführt und den Außenwert des Schilling gefährdet hätte.

Schließlich trug auch die Lohn- und Einkommenspolitik wesentlich zur Milderung der Nachfrageschwäche bei, indem sie eine - wenn auch nur geringe - Steigerung der Massenkaufkraft ermöglichte, ohne gleichzeitig die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gegenüber dem Ausland zu beeinträchtigen. Die konjunkturpolitische Aufgabe der Wirtschaftspolitik wurde durch die Wiedergewinnung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts wesentlich erleichtert. Erstmals seit 13 Jahren ergab sich ein Überschuß in der Leistungsbilanz, er betrug rund 8 Mrd.S. Auch die Dämpfung des Preisauftriebs machte entscheidende Fortschritte, vor allem dank fallender Importpreise. Die Inflationsrate sank im Jahresdurchschnitt auf 5,4%, im Jahresverlauf verringerte sie sich um 1,5 Prozentpunkte.

1.3 Die Wirtschaftsentwicklung im Jahresverlauf

Österreichs Wirtschaft wuchs 1982 - ohne die Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft - nur um 0,4%; sie schnitt damit jedoch besser ab als der Durchschnitt der OECD-Staaten (-0,2%). Die Entwicklung im Verlauf des Jahres spiegelt deutlich die neuerliche internationale Konjunkturverschlechterung ab Jahresmitte: im 1.Halbjahr stieg das Brutto-Inlandsprodukt real um 3/4% (saisonbereinigt, gegenüber dem 2.Halbjahr 1981), im 2.Halbjahr sank es um rund 1%, wobei sich der Rückgang gegen Jahresende etwas beschleunigte.



Übersicht 3Österreich: Entstehung des Brutto-Inlandsproduktes (real)

	1981 Ø	1982 Ø	1982 I.Quartal Veränderung gegen das Vorjahr in %	1982 II.Quartal Veränderung gegen das Vorjahr in %	1982 III.Quartal Veränderung gegen das Vorjahr in %	1982 IV.Quartal Veränderung gegen das Vorjahr in %
Sachgüterproduktion und Bergbau	-1,3	-0,1	1,6	1,3	-0,7	-2,3
davon: Bergbau	0,9	-3,5	-1,0	-4,5	-6,0	-2,4
Industrie	-1,6	-0,2	1,6	1,3	-0,8	-2,9
Gewerbe	-0,5	0,7	2,0	1,5	0,0	-0,4
Energie- und Wasserversorgung	2,3	1,1	3,1	3,7	5,4	-6,7
Bauwesen	-2,2	-5,2	-8,8	-6,7	-4,1	-3,0
Handel ¹⁾	1,0	0,9	0,8	-0,5	0,8	2,2
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	-0,1	0,7	1,1	0,8	0,7	0,1
Vermögensverwaltung ²⁾	3,1	2,6	2,7	2,6	2,5	2,4
Sonstige private Dienste ³⁾	3,6	1,8	2,1	1,9	1,7	1,6
Öffentlicher Dienst	2,0	2,0	2,3	2,1	1,9	1,8
Wertschöpfung ohne Land- und Forstwirtschaft	0,5	0,5	1,3	0,7	0,4	-0,2
Land- und Forstwirtschaft	-3,8	15,1	6,2	6,1	12,0	28,0
Brutto-Inlandsprodukt	0,0	1,1	1,3	0,8	0,9	1,3

1) Einschließlich Beherbergungs- und Gaststättenwesen. - 2) Banken und Versicherungen, Realitätenwesen und Rechts- und Wirtschaftsdienste. - 3) Sonstige Dienste, private Dienste ohne Erwerbscharakter und häusliche Dienste.

- 26 -

Dieser Verlauf war im Bergbau und in der industriell-gewerblichen Sachgüterproduktion besonders deutlich ausgeprägt. Im II.Quartal konnte die Industrieproduktion noch um 1,1% gesteigert werden (saisonbereinigt, gegenüber dem Vorquartal), im III.Quartal sank sie um 1,6% und im IV.Quartal um 2,5%. In der Bauwirtschaft, die schon 1981 in eine schwere Krise geraten war, kam der Rückgang allmählich zum Stillstand.

Im Jahresdurchschnitt des Jahres 1982 ging allerdings die Wertschöpfung der Bauwirtschaft am stärksten zurück (-5,2%). Auch im Bergbau (-3,5%) und in der Industrie (-0,2%) war die Produktion rückläufig. Der Tertiärsektor - Handel (+0,9%) und Dienstleistungen i.w.S. (+2%) - konnte dagegen ein mäßiges Wachstum erzielen.

Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftssektoren spiegelt deutlich die unterschiedliche Reagibilität der Nachfrage im Konjunkturverlauf. Von einem allgemeinen Nachfragerückgang sind vor allem Industrie und Bauwirtschaft betroffen, weniger der Dienstleistungsbereich. Dieses Phänomen spiegelt sich auch auf dem Arbeitsmarkt wider, wo Industrie- und Bauarbeiter relativ am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Ganz allgemein reagiert der Arbeitsmarkt mit gewisser zeitlicher Verzögerung auf Schwankungen der Produktion und - mittelbar - der Endnachfrage. Diese Reaktion kann jedoch

in verschiedener Weise erfolgen; sie kann verschiedene Formen annehmen und sie kann sich auf bestimmte Personengruppen konzentrieren. Der folgende Abschnitt untersucht die einzelnen Komponenten des Arbeitsmarktes und ihre Reaktion auf die anhaltende wirtschaftliche Stagnation.

2. Der Arbeitsmarkt und seine Komponenten

2.1 Angebot an Arbeitskräften

Lage und Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt werden durch das Zusammenwirken von Angebots- und Nachfragefaktoren bestimmt. Für das Arbeitskräfteangebot ist die Zahl der Bevölkerung im Erwerbsalter, die Erwerbsbeteiligung und der Wanderungssaldo von Arbeitskräften in das bzw. aus dem Ausland maßgebend.

Obwohl sich 1982 die erwerbsfähige Bevölkerung beschleunigt erhöhte (um schätzungsweise knapp 50.000 Personen bzw. 1,1%; 1981: +0,8%), stieg die Zahl der inländischen Erwerbspersonen nur um 7.400 und damit deutlich langsamer als im Vorjahr (+19.900). Dies bedeutet, daß die Erwerbsbeteiligung unter den mittelfristigen Trend gesunken ist. Die Ursache hierfür ist vor allem in einer Zunahme der Frühpensionierungen - zum Teil als Folge der wirtschaftlichen Rezession - zu sehen.

Übersicht 4

Die Komponenten der Arbeitsmarktveränderungen

	1979	1980	1981	1982
		absolute Veränderung gegen das Vorjahr		
Inländische Erwerbspersonen	+34.400	+ 9.800	+19.900	+ 7.400 ¹⁾
Ausländische Erwerbspersonen	- 7.000	+ 3.200	- 600	-11.600
Österreichische Arbeitskräfte im Ausland ²⁾	- 8.400	- 4.400	- 600	+ 1.000 ¹⁾
Gesamtangebot im Inland	+19.000 ³⁾	+ 8.600 ³⁾	+18.700	- 3.200
Selbständig Beschäftigte	- 9.300	- 7.000	- 7.300	- 7.000
Landwirtschaft	- 8.200	- 5.500	- 4.600	- 4.800
Nichtlandwirtschaft	- 1.100	- 1.500	- 2.700	- 2.200
Angebot an Unselbständigen	+28.300 ³⁾	+15.600 ³⁾	+26.000	+ 3.800
Unselbständig Beschäftigte	+30.200 ³⁾	+19.200 ³⁾	+ 9.800	-32.200
Arbeitslose	- 1.900	- 3.600	+16.100	+36.100
Inländer	- 900	- 2.600	+13.800	+31.900
Ausländer	- 900	- 900	+ 2.400	+ 4.200

1) Vorläufige Zahl. - 2) BRD und Schweiz. - 3) An Hand bereinigter Zahlen berechnet.

Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in Österreich verringerte sich um rund 11.600; dies war der stärkste Rückgang seit sechs Jahren. Auch darin spiegelt sich - mit gewisser Verzögerung - die Verschlechterung der Wirtschaftslage, ebenso in der Rückwanderung von Österreichern aus dem Ausland. Erstmals seit fünf Jahren sank die Zahl der österreichischen Arbeitskräfte in der BRD und der Schweiz (um 1.000 bzw. 1%). Der Strom der Rückwanderer war jedoch bisher bei weitem schwächer als in der Rezession 1975 und danach.

Das gesamte Angebot an Erwerbspersonen in Österreich verringerte sich per Saldo um etwa 3.200, nachdem es noch im Vorjahr um knapp 19.000 gestiegen war. Die Strukturverschiebung zugunsten der Unselbständigen setzte sich fort. Die Zahl der Selbständigen (und mithelfenden Familienangehörigen) in der Landwirtschaft und in der gewerblichen Wirtschaft verringerte sich um rund 7.000, das entsprach etwa dem Ausmaß der letzten Jahre. Im langjährigen Durchschnitt hat sich die Abwanderung aus der Selbständigkeit freilich entscheidend verlangsamt - auch dies ein Indiz für die sinkende Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes. Das Angebot an Unselbständigen erhöhte sich somit nur geringfügig, um etwa 3.800 Arbeitskräfte (1981: +26.000).

2.2 Beschäftigung

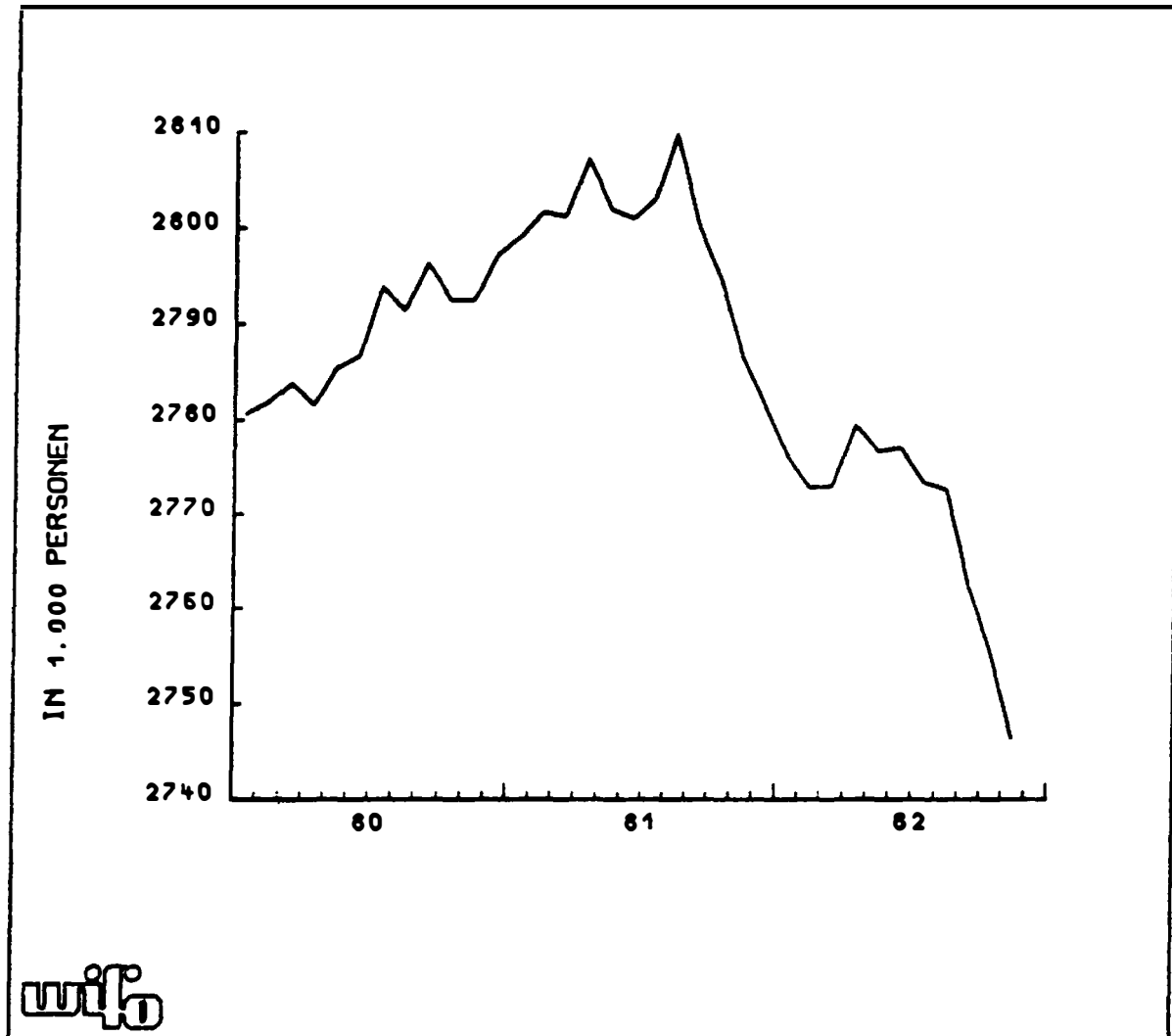
Trotz der Nahezu-Stagnation des (erfaßten) Angebotes gelang es nicht, die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten verringerte sich im Vorjahr um 32.200 (-1,2%), jene der Arbeitslosen erhöhte sich um 36.100.

Im Jahresdurchschnitt wurden 1982 2,766.000 unselbständig Beschäftigte gezählt; im Jahresverlauf sank ihre Zahl (saisonbereinigt) um rund 41.000. Die rückläufige Tendenz hatte im Herbst 1981 eingesetzt, also etwa 1 1/2 Jahre nach Beginn der Rezession. Offenbar versuchten die Betriebe zunächst, durch Hortung von Arbeitskräften und Hinnahme von Produktivitätsverlusten die Krise zu überbrücken und den Beschäftigtenstand im wesentlichen zu halten. Erst die enttäuschten Erwartungen einer Konjunkturerholung und die unüblich lange Dauer der Stagnation veranlaßte sie schließlich, den Beschäftigtenstand an das niedrigere Produktionsniveau anzupassen. Diese Anpassung vollzog sich nicht kontinuierlich, sondern gleichsam in zwei "Schüben". Der erste erfolgte zwischen September 1981 und Feber 1982, der zweite seit Herbst 1982; er dauert noch an und hat sich seit Anfang dieses Jahres beschleunigt - sieht man vom Jänner ab, in dem das Wetter ungewöhnlich mild war. Der Beschäftigungsrückgang in Etappen könnte damit zusammenhängen, daß eine Konjunkturerholung mehrfach erwartet worden war - zunächst für Herbst 1981, dann

Übersicht 5Unselbständig Beschäftigte

	Stand	Männer		Stand	Frauen		Stand	Insgesamt	
		Veränderung gegen das Vorjahr absolut	in %		Veränderung gegen das Vorjahr absolut	in %		Veränderung gegen das Vorjahr absolut	in %
1981	1,673.200	+ 1.000	+0,1	1,125.400	+ 8.800	+0,8	2,798.600	+ 9.800	+0,4
1982	1,648.700	-24.500	-1,5	1,117.600	- 7.800	-0,7	2,766.400	-32.200	-1,2
1982, I. Quartal	1,614.500	-23.600	-1,4	1,117.700	- 2.900	-0,3	2,732.300	-26.500	-1,0
II. Quartal	1,653.000	-20.100	-1,2	1,112.700	- 6.100	-0,5	2,765.700	-26.200	-0,9
III.Quartal	1,682.700	-23.600	-1,4	1,129.200	-11.500	-1,0	2,811.900	-35.100	-1,2
IV. Quartal	1,644.600	-30.500	-1,8	1,110.900	-10.500	-0,9	2,755.500	-40.900	-1,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

UNSELBSTAENDIG BESCHAEFTIGTE 1960 BIS 1962 (SAISONBEREINIGT)

für Herbst 1982 - und doch immer wieder "verschoben" werden mußte. Es ist jedoch zu vermuten, daß die Unternehmer jeweils auch den saisonalen Beschäftigungsabbau (vor allem in der Bauwirtschaft und im Fremdenverkehr) zu einer Reduzierung des Personalstands nützten.

Bei den Männern setzte der Rückgang der Beschäftigung früher ein und verlief auch deutlich stärker als bei weiblichen Arbeitskräften. Im Jahresdurchschnitt 1982 waren um 24.500 (1,5%) weniger Männer, aber nur um 7.800 (0,7%) weniger Frauen beschäftigt als im Vorjahr. Dies hängt damit zusammen, daß die Männerbeschäftigung sich mehr auf den sekundären Produktionsbereich (Industrie, Bau) konzentriert, jene der Frauen dagegen auf den weniger konjunkturreagiblen Tertiärsektor.

2.3 Arbeitslosigkeit

Entsprechend dem Rückgang der Beschäftigung erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen - allerdings bereits seit Jahresmitte 1980, also nahezu gleichzeitig mit dem Beginn der Wirtschaftskrise. Im Durchschnitt des Jahres 1982 gab es 105.300 vorgemerkte Arbeitslose, um die Hälfte mehr als 1981. Im Jahresverlauf wuchs ihre Zahl um 26.100, in den ersten drei Quartalen mit steigenden Zuwachsraten, nur im IV.Quartal und im Jänner 1983 verringerte sie sich. Dies dürfte jedoch teilweise auf

Übersicht 6

Arbeitslose

	Stand	Männer Veränderung gegen das Vorjahr	Rate in %	Stand	Frauen Veränderung gegen das Vorjahr	Rate in %	Stand	Insgesamt Veränderung gegen das Vorjahr	Rate in %
1981	38.000	+11.500	2,2	31.300	+4.700	2,7	69.300	+16.100	2,4
1982	65.100	+27.100	3,8	40.200	+8.900	3,5	105.300	+36.100	3,7
1982, I. Quartal	99.000	+38.900	5,8	40.200	+8.900	3,5	139.200	+47.800	4,8
II. Quartal	46.500	+24.400	2,7	34.400	+8.900	3,0	80.900	+33.300	2,8
III.Quartal	39.700	+20.700	2,3	32.600	+8.200	2,8	72.200	+28.800	2,5
IV. Quartal	75.400	+24.500	4,4	53.600	+9.800	4,6	129.000	+34.300	4,5

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung.

saisonüblich günstiges Wetter, teilweise auch auf technische Eigenheit des Saisonbereinigungsverfahrens zurückzuführen sein, nicht jedoch eine konjunkturelle Wende andeuten. Der fortgesetzte rasche Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Februar dieses Jahres bestätigt dies.

Die Arbeitslosenquote - bezogen auf das Angebot an Unselbständigen - stieg im Jahresdurchschnitt von 2,4% auf 3,7%. Im internationalen Vergleich ist dieser Wert nach wie vor sehr niedrig. Dennoch ging nunmehr auch in Österreich, als einem der letzten unter den Industrieländern, die Vollbeschäftigung verloren - setzt man die "magische Grenze" hierfür bei 3% Arbeitslosigkeit an, internationalen Gepflogenheiten folgend. Es ist auch weniger das Niveau der Arbeitslosigkeit, das Grund zur Sorge bietet, als ihr nunmehr deutlicher Anstieg. Es scheint, als ob sich Österreich nunmehr in jener Phase befindet, in der die meisten Industrieländer unmittelbar nach dem "ersten Ölpreisschock" waren: eine rasch steigende Arbeitslosigkeit, ausgehend von niedrigem Niveau. Bei einem hohen Niveau verläuft dagegen der relative Anstieg flacher. Immerhin bleibt die Tatsache, daß in Österreich die Vollbeschäftigung um 7 Jahre länger gesichert werden konnte als im Durchschnitt der OECD-Staaten.

Aus den oben erwähnten Gründen stieg auch die Arbeitslosigkeit bei Männern wesentlich rascher (um 27.100 bzw. 71% im Jahres-

- 36 -

durchschnitt) als bei Frauen (+8.900 bzw. 29%). Nahezu zwei Drittel aller Arbeitslosen sind Männer. Dies führte dazu, daß erstmals seit über 20 Jahren die männliche Arbeitslosenrate höher war (3,8%) als die weibliche (3,5%).

Auch die Zahl der Kurzarbeiter, wiewohl absolut gering, erhöhte sich 1982 deutlich. Im Jahresdurchschnitt gab es knapp 3.300 Kurzarbeiter, um 1.400 mehr als im Vorjahr.

2.4 Arbeitszeit; Produktivität

Die Anpassung des Arbeitsmarktes an das verlangsamte Wachstum der Produktion erfolgt nicht nur über die Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit, sondern in der Regel auch durch Variation der Arbeitszeit und/oder der "Auslastung" der vorhandenen Beschäftigungskapazitäten.

Daten über die Arbeitszeit sind nur für die Arbeiter in der Industrie verfügbar; sie vermitteln jedoch ein gutes Bild der Anpassung an das Produktionsniveau in diesem sehr konjunktur-reagiblen Bereich. Im Jahresdurchschnitt 1982 sank die Zahl der monatlich geleisteten Arbeiterstunden um rund 5%; das entsprach dem Rückgang in der Zahl der Industriearbeiter (um etwa 20.200 auf 407.700), sodaß die Pro-Kopf-Arbeitszeit mit 144,8 Stunden pro Monat unverändert blieb. Während jedoch im gesamten Jahres-

Übersicht 7Die Arbeitszeit in der Industrie¹⁾

	Beschäftigte Arbeiter	monatlich in 1.000	Geleistete Arbeiterstunden je Arbeiter	Veränderung gegen das Vorjahr absolut	in %
Ø 1981	427.929	61.968	144,8	-1,2	-0,8
Ø 1982	407.696	59.024	144,8	±0	±0
1982, Ø I.Qu.	412.754	61.176	148,2	+1,8	+1,2
Ø II.Qu.	409.113	59.479	145,4	+0,8	+0,6
Ø III.Qu.	408.851	57.050	139,5	-0,9	-0,6
Ø IV.Qu.	400.065	58.391	146,0	-1,9	-1,3

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt. Industrie insgesamt ohne Bauindustrie, Sägeindustrie, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 1) Ohne Heimarbeiter.

- 38 -

verlauf die Zahl der Arbeiter reduziert wurde, erhöhte sich im 1. Halbjahr die Pro-Kopf-Arbeitszeit (gegenüber dem Vorjahr) um 0,9%. Neben einem zusätzlichen Arbeitstag trugen hiezu vermehrte Überstunden - bei noch relativ guter Industriekonjunktur - bei. Bei rückläufiger Produktion in der zweiten Jahreshälfte wurde nunmehr auch die Pro-Kopf-Arbeitszeit eingeschränkt (um etwa 1% im Vorjahresvergleich). Die Produktion je geleisteter Arbeiterstunde (Stundenproduktivität) stieg im 1. Halbjahr um 4,3%, im 2. um 3,5%. Je Industriebeschäftigten stieg die Produktion im Jahresdurchschnitt 1982 um 3,8% (Mann-Produktivität), nachdem sie im Vorjahr nur geringfügig gesteigert wurde (+0,4%). Auch in der Gesamtwirtschaft erhöhte sich der Produktivitätsfortschritt (Brutto-Inlandsprodukt je Erwerbstätigen) und näherte sich wieder seinem mittelfristigen Wachstumspfad. Diese Beobachtung ist für ein Rezessionsjahr unüblich und erklärt sich vor allem aus der langen Dauer der Wirtschaftskrise. Da ihr Ende nicht abzusehen war, gewannen mehr und mehr Unternehmen die Überzeugung, daß ihre Beschäftigtenkapazitäten auch auf mittlere Sicht zu hoch seien. Sie waren daher bemüht, die Zahl der Beschäftigten zu verringern und kurzfristige Produktionschwankungen eher durch Anpassungen in der Arbeitszeit aufzufangen.

Übersicht 8Indikatoren der Produktivitätsentwicklung

	Brutto-Inlandsprodukt je Erwerbstätigen	Industrieproduktion je Beschäftigten	je Arbeiterstunde
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
1981	0,3	0,4	1,3
1982	2,3	3,8	4,7
1982, I. Quartal	.	5,6	4,9
II. Quartal	.	4,0	5,2
III.Quartal	.	3,6	4,6
IV. Quartal	.	2,3	4,1

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

2.5 Stellenangebot

Das Angebot an offenen Stellen war in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ziemlich stabil geblieben, bei etwas über 30.000. 1981 und 1982 sank es um jeweils knapp ein Drittel. Im Jahresdurchschnitt 1982 waren nur noch 17.300 offene Stellen gemeldet, der niedrigste Stand der Nachkriegszeit. Von Jänner bis Dezember sank ihre Zahl saisonbereinigt um 4.200; gegen Jahresende kam der Rückgang vorerst zum Stillstand. Dieser Indikator zeigt deutlich die mangelnde Nachfrage nach Arbeitskräften, selbst wenn man berücksichtigt, daß der Rückgang im Ausmaß überzeichnet sein dürfte: je mehr freie Arbeitskräfte vorhanden sind, umso weniger besteht die Notwendigkeit, sich mit einem Stellenangebot an das Arbeitsamt zu wenden.

Die Zahl der offenen Stellen für Männer schrumpfte (absolut) etwa doppelt so stark wie jenes für Frauen. Lag in früheren Jahren das Stellenangebot für Männer deutlich über dem für Frauen, so ist es nunmehr etwa gleich niedrig. Gegenüber 1981 ist es in allen Berufsgruppen gesunken, relativ am stärksten für Bau- und Steinarbeiter, Metallarbeiter und Elektriker, für Holzarbeiter und Textilarbeiter.

Auf eine offene Stelle entfielen 1981 noch weniger als drei Arbeitslose, im Durchschnitt des Jahres 1982 jedoch bereits sechs.

Übersicht 9Stellenangebot

	Männer		Frauen		Männer oder Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
1981	13.300	- 6.700	9.900	-3.700	2.200	- 800	25.300	-11.200
1982	8.000	- 5.200	7.400	-2.400	1.800	- 400	17.300	- 8.000
1982, I. Quartal	9.700	- 5.200	7.200	-2.800	1.700	- 600	18.700	- 8.600
II. Quartal	10.100	- 6.800	10.700	-3.400	2.200	- 600	23.000	-10.800
III.Quartal	6.700	- 6.400	6.100	-2.500	1.700	- 200	14.500	- 9.000
IV. Quartal	5.600	- 2.700	5.700	-1.000	1.600	- 100	12.900	- 3.800

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung.

3. Struktur des Arbeitsmarktes

Die strukturelle Zusammensetzung des Arbeitsmarktes unterliegt nicht nur auf mittel- bis längerfristige Sicht Veränderungen durch die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, sie wird auch kurzfristig durch konjunkturelle Faktoren beeinflusst. Einige dieser Aspekte sollen für die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit untersucht werden.

3.1 Beschäftigung in den Wirtschaftsbereichen

Die langfristige Anteilsverschiebung der unselbständig Beschäftigten vom primären und sekundären zum tertiären Sektor wurde durch die Rezession beschleunigt. Im Bergbau, der Sachgüterproduktion und im Baugewerbe gingen 1982 rund 45.000 Arbeitsplätze verloren, im Dienstleistungssektor konnte das nur zum geringeren Teil wettgemacht werden; immerhin stieg dort die Zahl der Arbeitsplätze um etwa 13.500. Auch in der Land- und Forstwirtschaft waren weniger Arbeitskräfte beschäftigt als 1981 (-1.200), doch ist ihr Anteil mit 1,4% sehr gering. Der Anteil des Sekundärsektors an den unselbständig Beschäftigten verringerte sich um rund 1 Prozentpunkt auf 42,1%; jener des Tertiärsektors stieg auf 56,5%.

Die Industrie verlor etwa 24.300 bzw. 4% ihrer Arbeitskräfte. Weit überdurchschnittlich sank die Beschäftigung in der Eisen- und Metallwarenindustrie, der Gießereiindustrie, der Stein- und

Übersicht 10Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen,
1982

	Veränderung gegen das Vorjahr	
	absolut	in %
1. Land- und Forstwirtschaft	- 1.200	-3,3
2. Sachgüterproduktion	-32.300	-3,5
2.1 Industrie	-24.300	-4,0
2.2 Gewerbe	- 8.000	-2,6
3. Baugewerbe	-13.000	-5,2
4. Energie- und Wasserversorgung	+ 1.000	+2,6
5. Dienstleistungen	+13.500	+0,9
5.1 Handel	- 4.500	-1,2
5.2 Banken und Versicherungen	+ 1.500	+1,6
5.3 Wirtschaftsdienste	+ 1.300	+1,8
5.4 Verkehr	-	-
5.5 Öffentlicher Bereich ^{1) 2)}	+15.500	+2,6
5.6 Sonstige Dienste	+ 700	+0,8
5.7 Beherbergungs- u. Gastgewerbe	- 1.000	-0,9
Insgesamt	-32.000	-1,1

1) Einschließlich Gesundheits- und Bildungswesen.

2) Einschließlich Umschüler.

Q: Wifo.

keramischen Industrie, der Textilindustrie und der Bekleidungsindustrie. Keine einzige Branche vergrößerte ihren Beschäftigtenstand.

Auch das Gewerbe (ohne Bau) erlitt Produktionseinbußen und schränkte die Zahl der Arbeitskräfte um etwa 8.000 (2,6%) ein. In der Bauwirtschaft war aufgrund der tiefen Rezession die Beschäftigung sehr ungünstig. Im Jahresdurchschnitt 1982 wurden (einschließlich Baunebengewerbe) um 14.800 oder 6% weniger Arbeitskräfte beschäftigt als im Vorjahr. Gegen Jahresende stabilisierte sich jedoch die Lage, teils aufgrund milder Witterung, teils auch aufgrund der positiven Auswirkungen der Beschäftigungsprogramme der Bundesregierung.

Der Beschäftigungszuwachs des Dienstleistungssektors beschränkte sich auf den öffentlichen Sektor (einschließlich Gesundheits- und Bildungswesen +15.500), Banken und Versicherungen sowie Wirtschaftsdienste. Der Handel baute erstmals seit mehreren Jahren Arbeitskräfte ab (-4.500), auch im Beherbergungs- und Gastgewerbe gingen Arbeitsplätze verloren.

3.2 Beschäftigung in den Bundesländern

Eine Aufgliederung der Beschäftigungsentwicklung nach Bundesländern zeigt durchwegs einen Rückgang der Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 1982, doch ergab sich ein deutliches West-Ost-Gefälle: im Osten des Bundesgebietes war der Rückgang überdurchschnittlich

Übersicht 11Beschäftigte nach Bundesländern, 1982

	Unselbständig Beschäftigte		
	Durchschnitt	Veränderung gegen	
	1982 ¹⁾	absolut	in %
Wien	754.800	- 9.600	-1,3
Niederösterreich	430.500	- 8.200	-1,9
Burgenland	62.600	- 1.000	-1,5
Steiermark	383.700	- 6.800	-1,8
Kärnten	171.000	- 700	-0,4
Oberösterreich	456.200	- 4.500	-1,0
Salzburg	179.600	- 300	-0,2
Tirol	211.400	- 300	-0,1
Vorarlberg	116.800	- 600	-0,5
Österreich	2,766.600	-32.000	-1,1

1) Vorläufige Zahlen.

Q: Wifo.

stark. Salzburg, Tirol und Vorarlberg verzeichneten zu Jahresanfang (I.Quartal) noch einen höheren Beschäftigungsstand als im Vorjahr, während im Bundesdurchschnitt der Rückstand bereits 1% betrug. In Kärnten ergab sich 1981 ein unplausibel niedriger Beschäftigungsstand, 1982 eine unerwartet günstige Entwicklung, sodaß im Zwei-Jahresvergleich ein etwa dem Bundesmittel entsprechender Rückgang zu verzeichnen war. Nur noch knapp über dem Bundestrend lag Oberösterreich, wo der Rückgang der Beschäftigung allerdings wesentlich geringer ausfiel als in den strukturell vergleichbaren Ländern Niederösterreich und Steiermark. Unerwartet kräftig war der Rückgang der Beschäftigung im Burgenland. In den letzten sechs Jahren war dort eine Art selbsttragende Sonderkonjunktur zu beobachten gewesen, die ihre Impulse aus der Verringerung des Entwicklungsrückstandes empfang. Diese Eigendynamik scheint nun ausgelaufen zu sein. Dadurch setzen sich die negativen Standortfaktoren des Randgebietes stärker durch.

3.3 Arbeitslosigkeit in einzelnen Berufsgruppen

Die Arbeitslosigkeit ist 1982 in allen Berufsobergruppen markant gestiegen. Am stärksten betroffen waren Bauberufe, Metallarbeiter und Elektriker, Holzverarbeiter und allgemeine Hilfsberufe. Relativ bessere Beschäftigungschancen fanden noch Bewerber für Dienstleistungsberufe vor. Diese sektoralen Unterschiede spiegeln die unterschiedliche Konjunkturreagibilität der Wirtschaftszweige wider.

Übersicht 12Die Arbeitslosigkeit in den wichtigsten Berufsobergruppen

	Stand Ø 1982	Vorgemerkte Arbeitslose Veränderung gegen das Vorjahr Ø 1982 IV.Qu.1982			
		absolut	in %	absolut	in %
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	3.533	+ 452	+14,7	+ 286	+ 7,2
Steinarbeiter	1.450	+ 499	+52,5	+ 387	+30,3
Bauberufe	20.248	+ 7.934	+64,4	+ 4.312	+28,0
Metallarbeiter, Elektriker	13.618	+ 6.742	+98,1	+ 6.280	+65,4
Holzverarbeiter	3.082	+ 1.331	+76,0	+ 1.273	+55,6
Textilberufe	940	+ 431	+84,7	+ 593	+96,9
Bekleidungs- und Schuhhersteller	2.866	+ 608	+26,9	+ 758	+28,3
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	1.642	+ 646	+64,9	+ 811	+58,5
Hilfsberufe allgemeiner Art	6.833	+ 2.710	+65,7	+ 3.031	+58,5
Handelsberufe	7.884	+ 2.215	+39,1	+ 2.648	+37,8
Hotel-, Gaststätten- und Küchenberufe	11.768	+ 2.553	+27,7	+ 3.485	+18,8
Reinigungsberufe	3.507	+ 805	+29,8	+ 829	+24,2
Allgemeine Verwaltungs- und Büroberufe	10.911	+ 3.226	+42,0	+ 3.602	+38,7
Sonstige	17.064	+ 5.900	+52,8	+ 5.997	+42,7
Insgesamt	105.346	+36.051	+52,0	+34.294	+36,2
Männer	65.126	+27.118	+71,3	+24.493	+48,1
Frauen	40.220	+ 8.934	+28,6	+ 9.801	+22,4

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung.

3.4 Dauer der Arbeitslosigkeit

Eine Analyse der Arbeitsmarktbewegungen läßt erkennen, daß zum Anstieg der Arbeitslosigkeit sowohl verstärkte Zugänge als auch eine Verlängerung der mittleren Verweildauer beigetragen haben. Das Risiko des Zugangs zur Arbeitslosigkeit hat sich (saisonbereinigt) von 1% des Arbeitskräfteangebotes um die Jahresmitte 1980 auf fast 2% Ende 1982 erhöht. Im Zuge der anhaltenden Rezession stieg erstmals auch das Zugangsrisiko der Männer (1,8% im Durchschnitt 1982) über jenes der Frauen.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit war bis zum Frühjahr 1980 tendenziell rückläufig. Seither hat sie sich von etwa 7 Wochen auf durchschnittlich 11 Wochen (Ende 1982) erhöht. Auch hier verlief die Entwicklung für männliche Arbeitslose relativ ungünstiger: ihre mittlere Verweildauer im Arbeitslosenregister übertraf im Jahresdurchschnitt meist 9,7 Wochen erstmals jene der Frauen (9,4 Wochen).

Die Strukturdaten der Arbeitslosigkeit aufgrund der jährlichen August-Erhebung, wiewohl nicht streng repräsentativ für die Grundgesamtheit, zeigen ebenfalls eine tendenziell längere Vormerkungsdauer. Sie betrug mehr als 6 Monate nur für etwa 16% der Arbeitslosen im August 1981; ein Jahr später waren es rund 20%. Die durchschnittliche bisherige (nicht abgeschlossene) Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 4 1/2 Monate. In den meisten westeuropäischen Ländern liegt sie wesentlich höher.

Übersicht 13

Arbeitslosenraten und ihre Komponenten

	Arbeitslosenraten				Zugänge ¹⁾			Abgänge ¹⁾			Durchschnittliche Dauer ¹⁾		
	bereinigt		unbereinigt ¹⁾		in % des Arbeitskräfte- angebotes			in % der Arbeitslosen			in Wochen		
	insgesamt	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
1960	3,4	3,7	2,7	5,4	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1961	2,5	2,9	2,2	4,2	1,459	1,268	1,788	54,5	64,8	47,3	8,4	7,2	9,6
1962	2,6	2,7	2,0	3,9	1,454	1,251	1,801	58,9	79,4	48,3	8,0	6,4	9,5
1963	2,8	3,0	2,3	4,2	1,447	1,246	1,790	54,7	74,3	45,4	8,9	7,6	10,1
1964	2,6	2,7	1,9	4,1	1,349	1,094	1,776	55,1	78,3	45,3	8,5	6,8	10,0
1965	2,5	2,7	1,9	4,2	1,347	1,100	1,757	54,5	78,6	44,4	8,6	6,8	10,2
1966	2,3	2,6	1,6	4,1	1,305	1,052	1,726	54,7	79,7	43,9	8,4	6,3	10,2
1967	2,4	2,7	1,8	4,3	1,429	1,162	1,880	55,1	79,3	44,5	8,3	6,4	10,0
1968	2,6	3,0	2,2	4,4	1,490	1,248	1,897	54,5	73,1	45,3	8,6	7,2	9,8
1969	2,3	2,8	2,0	4,1	1,381	1,138	1,790	54,7	75,6	45,7	8,6	7,2	9,7
1970	1,9	2,4	1,6	3,9	1,185	0,894	1,672	54,3	78,1	45,0	8,5	6,6	9,8
1971	1,5	2,1	1,1	3,7	1,117	0,828	1,597	55,6	87,4	43,9	8,0	5,5	10,0
1972	1,3	2,0	1,0	3,6	1,052	0,758	1,536	56,3	90,9	44,0	7,8	5,1	10,0
1973	1,2	1,6	0,6	3,0	0,804	0,530	1,243	52,0	101,1	41,4	8,6	5,0	10,6
1974	1,3	1,5	0,8	2,7	0,754	0,529	1,107	52,4	80,8	43,7	8,5	5,9	10,2
1975	2,0	2,0	1,5	2,8	1,000	0,845	1,240	48,6	55,4	43,9	9,1	8,2	10,0
1976	2,0	2,0	1,6	2,7	0,978	0,839	1,190	53,3	63,7	47,0	8,5	7,4	9,4
1977	1,8	1,8	1,4	2,5	1,004	1,861	1,221	57,5	69,4	50,2	7,8	6,7	8,8
1978	2,1	2,1	1,7	2,6	1,161	1,034	1,352	58,1	66,1	52,2	7,8	7,0	8,5
1979	2,0	2,0	1,7	2,5	1,137	1,023	1,310	60,0	68,3	54,1	7,4	6,7	8,1
1980	1,9	1,9	1,6	2,3	1,105	1,019	1,233	61,4	71,0	54,4	7,3	6,4	8,1
1981	2,4	2,4	2,2	2,7	1,368	1,336	1,414	57,2	62,4	52,5	7,9	7,4	8,4
1982	3,7	3,7	3,8	3,5	1,726	1,781	1,645	46,6	46,4	46,9	9,5	9,7	9,4

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, eigene Berechnungen. – 1) Ab 1.Jänner 1962 ohne Rentenvorschußempfänger, ab 1.Jänner 1973 ohne Pensionsbewerber und ohne noch in Arbeit stehende Arbeitsuchende, ab 1.April 1974 ohne Frauen nach dem Karenzurlaub.

Übersicht 14Internationaler Vergleich der durchschnittlichen
bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit 1980

	in Monaten
Australien	7,5
Kanada	3,4
USA	2,9
Frankreich	10,4
BRD	7,2
Niederlande	9,3
Norwegen	4,1
Schweden	4,0
Großbritannien	9,8
Österreich	4,5

Q: OECD: The Challenge of Unemployment, 1982, S.37.

3.5 Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen

Die Altersstruktur der Arbeitslosigkeit zeigte bisher keine nennenswerte Konzentration. Zum Unterschied von vielen anderen Ländern war Jugendarbeitslosigkeit in Österreich nahezu kein Problem, da das duale Ausbildungssystem Jugendlichen den Eintritt ins Berufsleben erleichterte. Großzügigere Gewährung von vorzeitigen Alterspensionen und Invaliditätspensionen dämpfte ihrerseits die Arbeitslosigkeit älterer Arbeitskräfte. Vom Anstieg der Arbeitslosen in den letzten beiden Jahren waren alle Altersgruppen betroffen, vorwiegend jedoch jüngere. Im August 1982 war die Arbeitslosenquote der 15- bis 19-jährigen Mädchen mit 3,5% (einschließlich Lehrstellensuchende Ende Dezember) am höchsten. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate aller Frauen betrug 2,8%. Unter den Männern waren die 20- bis 25-jährigen mit einer Rate von 2,9% am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen (Durchschnitt aller Männer 2,3%). Im Jahresdurchschnitt 1982 betrug die Arbeitslosenrate der 15- bis 18-jährigen 3,2% (gegenüber insgesamt 3,7%), von den 19- bis 24-jährigen waren 4,4% arbeitslos. Insgesamt lag die Jugendarbeitslosigkeit mit 4,0% nur wenig über dem Durchschnitt aller Altersgruppen.

Da der Anteil der Jugendlichen an den Dauerarbeitslosen in Österreich sehr gering ist, handelt es sich bei der Jugendarbeitslosigkeit vor allem um relativ häufige, aber kurze Arbeitslosenfälle im Laufe eines Jahres.

Altersspezifische Arbeitslosenrate

Altersgruppe	Männlich			Weiblich			Insgesamt		
	1980	1981	1982	1980	1981 i n %	1982	1980	1981	1982
Unter 17 Jahren	0,18	0,26	0,54	0,62	0,80	1,67	0,37	0,50	1,03
18 bis 19 Jahre	0,42	0,84	1,99	1,17	1,56	2,75	0,78	1,19	2,36
15 bis 19 Jahre (einschließlich Lehrstellensuchende) ¹⁾	0,61	1,05	2,11	1,49	2,04	3,48	1,02	1,51	2,75
20 bis (24) 29 Jahre	0,57	1,09	(2,92)	1,61	2,06	(2,77)	1,03	1,52	(2,85)
25 bis 29 Jahre	-	-	2,37	-	-	2,86	-	-	2,57
30 bis 39 Jahre	0,61	1,09	2,29	2,01	2,38	2,90	1,13	1,59	2,53
40 bis 49 Jahre	0,60	1,00	2,10	1,70	2,13	2,66	1,00	1,42	2,31
50 bis 59 Jahre	1,05	1,29	2,26	1,63	1,85	2,43	1,27	1,50	2,32
60 bis 64 Jahre	0,77	0,94	1,49	1,30	1,44	1,97	0,96	1,12	1,67
65 Jahre und darüber	0,39	0,48	0,57	0,98	0,91	1,11	0,64	0,66	0,79
insgesamt	0,64	1,04	2,22	1,62	1,99	2,67	1,03	1,43	2,41
einschließlich Lehrstellensuchende ¹⁾	0,67	1,09	2,30	1,70	2,10	2,82	1,08	1,50	2,51

Q: Beschäftigte Ende Juli (Grundzählung des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger), vorgemerkte Arbeitslose Ende August (Bundesministerium für soziale Verwaltung). -

1) Lehrstellensuchende Ende Dezember.

Übersicht 16Internationaler Vergleich der altersspezifischen Arbeitslosenraten 1980

	Männlich				Weiblich			
	unter 20 Jahren	20 bis 24 Jahre	25 bis 54 Jahre	55 Jahre und darüber i n %	unter 20 Jahren	20 bis 24 Jahre	25 bis 54 Jahre	55 Jahre und darüber
Australien	14,8	8,5	3,2	2,7	18,9	9,1	4,7	1,8
Kanada	17,1	11,4	4,9	3,6	15,3	10,8	6,8	4,5
Finnland	16,2	6,8	3,6	4,9	17,1	7,5	3,5	5,4
Frankreich	14,6	7,8	2,8	4,1	39,0	17,1	6,3	5,4
BRD	3,3	3,0	2,0 ¹⁾	—	6,5	5,4	4,1	—
Italien	25,0	18,0	1,8 ²⁾	2,9 ³⁾	39,2	24,8	6,9	12,2
Japan	5,5	3,6	1,5	3,2	2,7	3,4	1,9	1,1
Schweden	6,5	3,5	1,1	1,4	8,8	3,9	1,6	1,5
Großbritannien	10,5	10,2	5,2	8,3	10,2	9,1	3,2	2,2
USA	17,3	11,5	5,0	3,3	17,1	10,2	5,9	3,2

Q: OECD: The Challenge of Unemployment, 1982, S.31-32. - 1) 25 Jahre und darüber. - 2) 25 bis 59 Jahre. - 3) 60 Jahre und darüber.

- 54 -

Im internationalen Vergleich sind die Jugendarbeitslosenraten mit Ausnahme von Japan, wo sie nur geringfügig über den österreichischen liegen, merklich höher als in Österreich. Auch in Relation zur durchschnittlichen Arbeitslosigkeit ist die Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern ohne duales Ausbildungssystem höher.

Die ungenügende Nachfrage nach Arbeitskräften spiegelt sich auch auf dem Lehrstellenmarkt. War in den letzten Jahren noch ein tendenzieller Mangel an Lehrlingen zu beobachten, so standen 1982 6.600 Lehrstellensuchenden nur noch 3.500 offene Lehrstellen gegenüber. Wie schon in den vergangenen Jahren, waren besonders für Mädchen Lehrplätze knapp.

3.6 Arbeitslosigkeit in den Bundesländern

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in regionaler Gliederung läßt keine signifikanten Unterschiede erkennen. Die Extremwerte der Wachstumsraten im Jahre 1982 (+22% in Kärnten; +122% in Vorarlberg) erklären sich aus dem unterschiedlichen Ausgangsniveau. Nur in Tirol und Vorarlberg ist die Arbeitslosenquote um weniger als 1 Prozentpunkt gestiegen; in den Ländern mit ausgeprägteren Strukturproblemen, Niederösterreich und der Steiermark, erhöhte sie sich um etwa 1 1/2 Prozentpunkte.

Übersicht 17Arbeitslosigkeit nach Bundesländern, 1982

	Rate	Durchschnitt 1982 ¹⁾	Anzahl Arbeitslose Veränderung gegen 1981	
			absolut	in %
Wien	3,3	25.500	+ 9.200	+56,2
Niederösterreich	3,9	17.300	+ 6.400	+58,1
Burgenland	7,0	4.700	+ 1.900	+68,0
Steiermark	4,4	17.700	+ 6.100	+52,5
Kärnten	6,2	11.300	+ 2.100	+22,4
Oberösterreich	3,2	15.000	+ 5.600	+60,4
Salzburg	2,9	5.400	+ 2.000	+59,4
Tirol	3,0	6.500	+ 1.700	+35,6
Vorarlberg	1,6	1.900	+ 1.000	+121,7
Österreich	3,7	105.300	+ 36.000	+51,9

1) Vorläufige Zahlen.

ZUR ENTWICKLUNG DER EINKOMMEN, DER EINKOMMENSVERTEILUNG UND DER VERMÖGENSVERTEILUNG =====

1. Einkommensentwicklung

Das österreichische Brutto-Inlandsprodukt erreichte 1982 einen Wert von 1.143,0 Mrd.S. Es lag damit nominell um 8,0% und preisbereinigt um 1,1% höher als im Jahr zuvor.

Davon

errechnet sich ein Volkseinkommen in der Höhe von 848,4 Mrd.S. Rund 615 Mrd.S entfielen davon auf die Brutto-Entgelte für unselbständige Arbeit, die sich damit im Vorjahresvergleich nur mehr um 4,7% (gegenüber 7,8% im Jahre 1981) erhöhten. Die verschiedenen Komponenten der Gewinneinkommen wiesen hingegen beträchtlich stärkere Zuwachsraten auf: So etwa lagen die sonstigen Einkünfte aus Besitz und Unternehmung vor allem infolge der hohen Zinserträge um 15,0% (3,9% 1981), die Einkünfte des Staates aus Besitz und Unternehmung um 18,1% (16,3%) und die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften sogar um 32,1% (-10,9%) über dem Niveau des Vorjahres; siehe Übersicht 1.

Die ungleiche Verteilung des Wachstumstempos zwischen Lohn- und Gewinneinkommen spiegelt sich in einer sinkenden Lohnquote wider. Sowohl die unbereinigte als auch die (um Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur) bereinigte Lohnquote hat sich im Vergleich mit dem Jahre 1981 um gut 2 Prozentpunkte verringert. Die bereinigte Lohnquote hat damit den niedrigsten Wert seit dem Jahr 1974 erreicht; siehe Übersicht 2.

Obwohl die Zuwachsrate der Leistungseinkommen (öffentliche und private Lohn- und Gehaltssummen) infolge niedrigerer Lohnabschlüsse und einer ungünstigen Beschäftigungsentwicklung im heurigen Jahr mit 4,7% deutlich unter der des Jahres 1981 (7,6%) lag, hat sich das Wachstum der Netto-Masseneinkommen nur um einen halben Prozentpunkt von 7,0% auf 6,4% abgeschwächt. Dies deshalb, da einerseits die Sozialeinkommen wegen der gestiegenen Anzahl von Arbeitslosenunterstützungsleistungen merklich rascher wuchsen und andererseits die Abzüge (Lohnsteuer, Sozialversicherung etc.) aufgrund der ersten Etappe der Lohnsteuertarifanpassung wesentlich schwächer zunahmen als noch im Jahr zuvor. Damit ergab sich eine Erhöhung der realen Netto-Masseneinkommen von 0,5 %; im Jahr zuvor waren diese noch um 0,2 % gesunken; siehe Übersicht 3.

Die Entwicklung von Löhnen und Gehältern im Jahre 1982 wurde im wesentlichen durch die Herbstlohnrunde des Jahres 1981 bestimmt. Zu diesem Zeitpunkt lag die Inflationsrate bei rund 7%; die Ist-Lohnabschlüsse der meisten Arbeitnehmergruppen lagen zwischen 5,5% und 6%, die entsprechenden Tariflohnerhöhungen um ein bis zwei Prozentpunkte höher. Die Lohnvereinbarungen des ersten Halbjahres 1982 erbrachten Abschlüsse in einer Bandbreite von 6% (Bund) und 7,5% (Chemische Industrie und Gast- und Schankgewerbe). Die Kollektivvereinbarungen im Herbst 1982 trugen bereits dem abgeschwächten Preisauftrieb und der sich verschlechternden Arbeitsmarktlage Rechnung. So etwa erzielten die Arbeiter der Metallindustrie und des Metallgewerbes deutlich niedrigere Steigerungen der kollektivvertraglichen Mindestlöhne (5,9% bzw. 5,6%); die Ist-Löhne wurden um 4,4% bzw. 5,9% angehoben; siehe Übersicht 4.

Insgesamt haben sich im Jahresdurchschnitt 1982 die Tariflöhne der Arbeiter um 7,2%, jene der Angestellten um 7,1% und die der öffentlichen Bediensteten um 7,3% erhöht. Überdurchschnittliche Steigerungen der Kollektivlöhne wurden im Bereich des Fremdenverkehrs (Arbeiter +7,7%) und in der Industrie (Arbeiter und Angestellte jeweils +7,4%) erreicht. Hingegen lagen die Tariflohnzuwächse in den Sektoren Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr deutlich unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt; siehe Übersicht 5. Disaggregiert man die Tariflohnentwicklung der Arbeiter nach Qualifikationsstufen, so zeigt sich, daß die angelernten Arbeiter (+7,6%) ihre Position im Vergleich zu Hilfsarbeitern (+7,1%) und Facharbeitern (+7,0%) leicht verbessern konnten; siehe Übersicht 6.

Die kontinuierliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage während des Jahres 1982 hat die Zunahme der Effektivverdienste nachhaltig gedämpft. Diese lag in der Gesamtwirtschaft mit 5,9% um gut einen Prozentpunkt unter jener der Tariflöhne (Lohndrift -1,2%). In der Industrie erhöhten sich die Brutto-Monatsverdienste je Beschäftigten (7,0%) merklich rascher als in der Gesamtwirtschaft, obwohl auch hier eine negative Lohndrift (-0,5%) gegeben war. Ebenso wie im vergangenen Jahr erzielten die Industrieangestellten mit 7,5% ein höheres Wachstumstempo ihrer Verdienste als die Industriearbeiter (6,2%). Die Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft mußten sich allerdings mit noch geringeren Einkommenszuwächsen als die Arbeiter in der Industrie begnügen: Das durchschnittliche Monatsverdienst erhöhte sich (bei einer Lohndrift von -1,3 Prozentpunkten) nur um 5,5 %; siehe Übersichten 7 und 8.

Insgesamt hat die österreichische Lohn- und Einkommenspolitik im Jahre 1982 die Gratwanderung zwischen der Sicherstellung einer ausreichenden Massenkauflkraft und der Aufrechterhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit erfolgreich bewältigt. Die Arbeitsstückkosten in der österreichischen Industrie sind, gemessen am gewichteten Durchschnitt der Handelspartner, um einen Zehntel-Prozentpunkt gefallen; gegenüber der BRD lagen diese sogar um 0,3% unter dem Vorjahresniveau.

2. Die personelle Einkommensverteilung

2.1 Die personelle Einkommensverteilung des Jahres 1976

Bisher zur Verfügung stehende Statistiken zur Analyse der personellen Einkommensverteilung Österreichs (Lohnsteuer-, Einkommensteuer-, Lohnstufenstatistik) konnten jeweils nur über die Einkommensverhältnisse eines Teils der österreichischen Einkommensbezieher Aufschluß geben. Angesichts dieser unbefriedigenden Situation wurde vom Österreichischen Statistischen Zentralamt der Versuch unternommen, die Einkommensteuerstatistik mit der Lohnsteuerstatistik zusammenzuführen.¹⁾ Durch diese Integration ist es möglich, erstmals die gesamte personelle Einkommensverteilung Österreichs für das Jahr 1976 zu beschreiben, d.h. das Datenmaterial erfaßt sowohl die Einkommen der unselbständig und selbständig Erwerbstätigen, als auch die der Pensionisten.

Da in der Lohnsteuerstatistik die Brutto-Bezüge der unselbständig Erwerbstätigen als Einkommensgröße ausgewiesen sind, in der Einkommensteuerstatistik jedoch der Gesamtbetrag der Einkünfte, mußte für die Integration eine einheitliche Einkommensdefinition vorgenommen werden. Dies erforderte bei beiden Einkommensbegriffen Adaptierungen: Von den Bruttobezügen der unselbständig Erwerbstätigen wurden die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, das Kfz-Pauschale und das Werbungskostenpauschale abgezogen; zum Gesamtbetrag der Einkünfte wurde hingegen ein Aufschätzungsäquivalent addiert, das den in die Einkommensteuer-Veranlagung nicht einbezogenen sonstigen Bezügen und steuerfreien Bezügen Rechnung trägt.

Die personelle Einkommensverteilung Österreichs zeichnet sich durch ein hohes Maß an Ungleichheit aus. Die unterste 20%-Gruppe, die überwiegend aus Pensionsempfängern besteht, konnte nur 3,8% des Gesamteinkommens auf sich vereinigen, während die obersten 20% aller österreichischen Einkommensempfänger nahezu die Hälfte der Einkommenssumme für sich beanspruchten. Das Durchschnittseinkommen der bestverdienenden 10%-Gruppe lag rund 30 mal höher als jenes des untersten Zehntels. Wohl reduziert der progressive Einkommensteuertarif das Ausmaß an Einkommensungleichheit, die Disparitäten der personellen Einkommens-

1) Siehe dazu: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1976 - Versuch einer Zusammenführung, Wien 1982.

verteilung nach Steuern sind allerdings noch immer sehr groß: Das unterste Fünftel erhält demnach 4,2% des Gesamteinkommens nach Steuer, das oberste Fünftel 44,8%; die relative Einkommensspanne zwischen oberstem und unterstem Zehntel verringert sich auf 25. Siehe Übersichten 9 und 10.

2.2 Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit

2.2.1 Die Verteilung von Löhnen und Gehältern

Die Lohn- und Gehaltspyramide der unselbständig Beschäftigten (allerdings ohne die pragmatisierten Beamten der Gebietskörperschaften) hat sich im Jahre 1982 gegenüber dem Vorjahr signifikant verändert. Während die obersten 10% der Lohn- und Gehaltsempfänger ihren Anteil am Gesamteinkommen von 23,6% (1981) auf 24,3% (1982) erhöhen konnten, mußten die Arbeitnehmer im mittleren Bereich Einbußen hinnehmen; die untersten 20 % der Unselbständigen konnten ihren relativen Einkommensanteil halten. Die Entnivellierungstendenz spiegelt sich in allen Konzentrationsmaßen wider: so stieg etwa der Gini-Koeffizient von 0,314 im Jahr 1981 auf 0,320 im Jahr 1982 an. Diese Entwicklung scheint jedenfalls die Hypothese zu bestätigen, daß die Spitzenverdiener in Jahren der Rezession ihre relative Position in der Lohnpyramide nicht nur halten, sondern sogar verbessern können; siehe Übersicht 11.

Die Tendenz zu größerer Ungleichheit läßt sich jedoch nicht für alle Gruppen von Lohn- und Gehaltsempfängern feststellen. Denn während die Verteilung der Arbeiterlöhne nahezu keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr aufweist, zeigt sich für jene der Angestelltengehälter eine deutliche Entnivellierung. Die obersten 20% der Gehaltsempfänger konnten ihren Anteil an der Gehaltssumme von 40,5% (1981) auf 41,1% (1982) erhöhen. Überdies erzielten die Angestellten im Vergleich zu den Arbeitern deutlich stärkere Einkommenszuwächse, sodaß sich der Lohnunterschied zwischen Arbeitern und Angestellten erweiterte; siehe Übersichten 12 und 13.

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten (Arbeitnehmer mit einer wöchentlichen Normalarbeitszeit von weniger als 36 Stunden) an den unselbständig Erwerbstätigen liegt gemäß den Ergebnissen des österreichischen Mikrozensus im Jahre 1981 bei 8,0%; bei den Frauen erreicht er mit 18,8% ein wesentlich höheres Ausmaß

als bei den Männern (1,6%). Dies ist vor allem bei der Interpretation der untersten Einkommen zu berücksichtigen; siehe Übersicht 18.

Das mittlere Einkommen (= der Median) aller unselbständig Erwerbstätigen betrug 1982 S 10.850,- (brutto), das der Arbeiter S 10.070,-, jenes der Angestellten S 12.300,-. Nur rund 20% der männlichen Angestellten und etwa 40% der männlichen Arbeiter werden unter dem gesamtwirtschaftlichen Median entlohnt; hingegen verdienen rund 60% der weiblichen Angestellten und mehr als 80% aller Frauen in Arbeiterberufen weniger als dieses mittlere Einkommen.

Ein Zehntel aller unselbständig Erwerbstätigen erzielte im Jahre 1982 ein Einkommen von mehr als S 21.000,-. Frauen gelingt es offenbar nur in sehr geringer Anzahl dieses Einkommen zu übersteigen; Übersichten 16 und 17.

2.2.2 Die industrielle Lohnstruktur

Die Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen den verschiedenen Qualifikationsstufen in der österreichischen Industrie haben sich 1982 gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Im September 1982 lag der durchschnittliche Brutto-Stundenlohn eines Industriearbeiters bei S 65,-; ein Facharbeiter verdiente S 74,50, ein qualifizierter angelernter Arbeiter S 63,50 und ein Hilfsarbeiter (leicht) S 51,10. Der Brutto-Lohnunterschied zwischen niedrigster und höchster Qualifikationsstufe im manuellen Arbeitsbereich betrug somit 46%; siehe Übersicht 19.

Die Einkommensunterschiede innerhalb der Gruppe der Industrieangestellten sind noch wesentlich stärker ausgeprägt. Das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt eines leitenden Angestellten (Verwendungsgruppe VI) ist mit S 37.703,- fast fünfmal so hoch wie das eines Angestellten der Verwendungsgruppe I (S 8.041,-); siehe Übersichten 19 und 20.

Reiht man die Industriebranchen nach der Höhe der durchschnittlichen Ist-Löhne, so belegten 1982 die Fahrzeugindustrie und die Eisenhütten die beiden Spitzenplätze der branchenspezifischen Lohnhierarchie. An dritter Stelle rangiert der Bergbau, nachdem im Vorjahr noch die Chemische Industrie diesen Platz inne

hatte. Diese ist auf den sechsten Platz zurückgefallen. Typische Niedriglohnbranchen bleiben weiterhin die Lederverarbeitende Industrie, die Ledererzeugende Industrie und die Bekleidungsindustrie. Die Einkommensunterschiede zwischen den Branchen sind von beträchtlichem Ausmaß: Das durchschnittliche Lohnniveau der Fahrzeugindustrie lag um mehr als 60% über jenem der Bekleidungsindustrie; siehe Übersicht 21.

2.3 Die Einkommensverteilung zwischen den selbständig Erwerbstätigen

Für die Beschreibung der Einkommensverteilung der selbständig Erwerbstätigen kann die Einkommensteuerstatistik des Jahres 1979 herangezogen werden. Bei der Dateninterpretation ist allerdings zu beachten, daß rund 30% der in der Einkommensteuerstatistik ausgewiesenen Einkünfte (nach Verlustausgleich) aus unselbständiger Tätigkeit stammen.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Anteile der verschiedenen Einkunftsarten an den Gesamteinkünften (nach Verlustausgleich) kaum verändert. Der Anteil der Einkünfte aus "Gewerbebetrieb" stieg im Jahre 1979, nachdem er zwischen 1973 und 1978 von 56,1% auf 42,0% gefallen war, wieder auf 42,8% an. Der Anteil der Einkünfte aus selbständiger Arbeit betrug 15,6%, auf alle übrigen Kategorien (Land- und Forstwirtschaft, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und Sonstige Einkünfte) entfielen rund 11% der Gesamteinkünfte; siehe Übersicht 22.

Das höchste durchschnittliche Jahreseinkommen je Veranlagungsfall (nach Verlustausgleich) wurde mit S 262.020,- in der Einkunfts-kategorie "selbständige Arbeit" erzielt; gefolgt von den Einkünften aus "Gewerbebetrieb", die mit S 211.990,- um 16% gegenüber 1978 zunahmen. Die größten durchschnittlichen Verluste traten mit S 84.840,- in der Kategorie "Land- und Forstwirtschaft" auf; siehe Übersichten 22 und 23.

Die Verteilung der einkommensteuerpflichtigen Einkommen ist nach wie vor durch ein hohes Ausmaß an Ungleichheit gekennzeichnet. Auf das oberste Zehntel der Einkommensteuerpflichtigen entfiel 1979 nahezu die Hälfte des gesamten einkommensteuerpflichtigen Einkommens; das oberste Hundertstel konnte nahezu ein Fünftel des Gesamteinkommens für sich beanspruchen. Die

Ungleichheit der Verteilung hat seit dem Jahre 1973 nur geringfügig abgenommen; siehe Übersicht 24.

Bedingt durch den progressiven Einkommensteuertarif sind die einkommensteuerpflichtigen Einkommen nach Steuern etwas gleichmäßiger verteilt. Das oberste Zehntel der Einkommensteuerpflichtigen konnte nach Steuerabzug aber immer noch fast 40% des Gesamteinkommens auf sich vereinen; siehe Übersicht 25.

3. Die Verteilung der vermögenssteuerpflichtigen Vermögen

Empirische Untersuchungen zur Vermögensungleichheit in Österreich sind bisher äußerst spärlich gesät.²⁾ Dies liegt zum Teil daran, daß das derzeit für diesen Zweck zur Verfügung stehende Datenmaterial in mehreren Punkten den Ansprüchen des Untersuchers nicht gerecht wird. Andererseits mag es überraschen, daß in Österreich bisher noch keine gezielten Anstrengungen unternommen wurden, dieses - im internationalen Vergleich ziemlich einmalige - Informationsdefizit zu beheben.

Erste Ansätze zu einer Analyse der österreichischen Vermögensverteilung lassen sich gegenwärtig nur mittels der vom Österreichischen Statistischen Zentralamt publizierten Vermögensteuerstatistik durchführen. Diese wird seit dem Jahre 1962 in dreijährigen Intervallen allerdings mit beträchtlicher zeitlicher Verzögerung veröffentlicht. Die letzte derzeit verfügbare Statistik stammt aus dem Jahre 1977.

Die Vermögensteuerstatistik erfaßt sowohl natürliche als auch juristische Personen; letztere wurden allerdings in dieser Untersuchung aus dem Datenmaterial ausgegliedert. Vermögenseinheit der natürlichen Personen ist der Haushalt. Von der Vermögensteuerstatistik werden nicht nur alle Haushalte, die in Österreich ihren Wohnsitz bzw. ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, mit ihrem gesamten Vermögen (unbeschränkt Steuerpflichtige) erfaßt, sondern auch jene Haushalte, die weder Wohnsitz noch persönlichen Aufenthaltsort in Österreich haben (beschränkt Steuerpflichtige), scheinen mit ihrem Inlandsvermögen auf. Folgende Vermögensarten werden ausgewiesen:

- das land- und forstwirtschaftliche Vermögen,
- das Grundvermögen,
- das Betriebsvermögen und
- das sonstige Vermögen.

2) Siehe dazu etwa: Drenning, M., Vermögensverteilung in Österreich - ihre politische Relevanz. In: H. Fischer (Hrsg.), Das politische System Österreichs. Wien 1974.

Die Bewertung dieser Vermögenskategorien erfolgt nach den Normen des Bewertungsgesetzes. Während für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen und das Grundvermögen nur alle neun Jahre die Einheitswerte ermittelt wurden, erfolgt diese Feststellung beim Betriebsvermögen alle drei Jahre. Der Hauptveranlagung zur Vermögensteuer 1977 lagen beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen die Einheitswerte aus der Hauptfeststellung 1970, beim Grundvermögen die aus dem Jahre 1972 und beim Betriebsvermögen jene aus dem Jahre 1977 zugrunde.

Die in der Vermögensteuerstatistik ausgewiesenen Wertansätze liegen in der Regel wesentlich unter den Marktpreisen (z.B. Wiederbeschaffungskosten). Dies wäre für die Analyse von Verteilungsrelationen an sich noch kein Nachteil, falls alle Vermögenskategorien davon gleichermaßen betroffen sind. Dies dürfte jedoch nicht der Fall sein. Es ist aufgrund der herrschenden Bewertungsvorschriften zu vermuten, daß vor allem das land- und forstwirtschaftliche Vermögen als auch das Grundvermögen stärker unterbewertet sind als die übrigen Vermögenskategorien.

Der gravierendste Mangel der Vermögensteuerstatistik für die Analyse der Vermögensverteilung besteht jedoch darin, daß von ca. 2,6 Millionen österreichischen Haushalten nur rund 5% in der Statistik erfaßt werden. Eine Reihe von personen- und sachbezogenen Freibeträgen führt zu einer völligen Steuerbefreiung kleiner Vermögen. Somit können anhand der Vermögensteuerstatistik nur Aussagen über die Vermögenshöhe und Vermögensverteilung der wohlhabendsten Bevölkerungsschichten gemacht werden; die gesamte Vermögensverteilung über alle österreichischen Haushalte wäre jedenfalls noch wesentlich unegalitärer als dies anhand der vorliegenden Daten zum Ausdruck kommt.

Dennoch ist der sich aus den Vermögensteuerstatistiken ergebende Grad an Vermögensungleichheit beträchtlich und natürlich wesentlich höher als das vorfindbare Ausmaß an Einkommensungleichheit. So etwa hielt im Jahre 1977 das oberste Zehntel aller vermögenssteuerpflichtigen Haushalte 55,4% des gesamten zur Vermögenssteuer veranlagten Vermögens. Das wohlhabendste Hundertstel konnte sogar rund ein Viertel des Gesamtvermögens auf sich vereinigen; dessen durchschnittlicher, steuerlich deklarerter Vermögensbestand lag 1977 bei 40 Millionen Schilling. Im Verlauf der siebziger Jahre hat sich die Vermögensungleichheit sogar noch erhöht: Der Gini-Koeffizient stieg von 0,629 (1971) auf 0,643 (1977); siehe Übersicht 27.

Die höchsten durchschnittlichen Vermögenswerte ergaben sich im Jahre 1977 für die Kategorie "Betriebsvermögen" mit S 1,144.470,-, gefolgt von der Vermögensart "Sonstiges Vermögen" mit S 592.560,-. Das durchschnittliche land-und forstwirtschaftliche Vermögen je Fall betrug hingegen nur S 170.720,-; siehe Übersicht 26.

Das Betriebsvermögen ist ähnlich ungleich verteilt wie das Gesamtvermögen. Bei dieser Vermögensart dürfte allerdings die Untererfassung wesentlich geringer sein als bei allen übrigen Kategorien. Das oberste Zehntel der Haushalte konnte 1977 53,4% des gesamten Produktivvermögens auf sich vereinigen, das oberste Hundertstel 20,3%; die untersten 30% besaßen hingegen nur 7,2%. Dem obersten Zehntel zurechenbar waren Haushalte, die ein Betriebsvermögen von mehr als 5 Millionen Schilling deklarierten. Die Konzentration des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens ist jedoch deutlich schwächer ausgeprägt als jene des Gesamt- und Betriebsvermögens. Die wohlhabendste 10%-Gruppe besaß 1977 42,5%, das reichste Hundertstel 20,3% des veranlagten Agrarvermögens; siehe Übersichten 28 und 29.

Übersicht 1

Netto-Nationalprodukt

	Mrd. S		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
	1981	1982	1981	1982
Brutto-Entgelte für unselbständige Arbeit	587,69	615,13	7,8	4,7
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften	59,10	78,10	-10,9	32,1
Sonstige Einkünfte aus Besitz und Unternehmung	158,46	182,20	3,9	15,0
Einkünfte des Staates aus Besitz und Unternehmung	19,47	23,00	16,3	18,1
Zinsen für die Staatsschuld	-28,78	-36,10	17,4	25,4
Zinsen für die Konsumentenschuld	-13,23	-13,91	13,8	5,1
Netto-Nationalprodukt zu Faktorkosten	782,71	848,40	5,1	8,4

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO

Übersicht 2

Lohnquoten

Jahr	Lohnquote	Bereinigte Lohnquote*)
1970	64,0	64,0
1971	66,5	65,5
1972	66,7	64,6
1973	69,4	66,0
1974	70,0	65,8
1975	73,2	68,6
1976	72,3	67,4
1977	73,6	67,9
1978	75,8	69,6
1979	73,9	67,5
1980	73,2	66,6
1981	75,1	68,2
1982	72,5	65,8

*) Lohnquote bereinigt gegenüber Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur (=Lohnquote dividiert durch Index der Quote der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen) auf Basis 1970.

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO.

Übersicht 3

Einkommensentwicklung 1981/82

	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Index 1976=100
	1981	1982	1982
Leistungseinkommen	7,6	4,7	154,0
Transfereinkommen	8,1	9,2	176,2
Brutto-Masseneinkommen	7,8	6,0	160,3
Abzüge	11,2	4,5	196,9
Netto-Masseneinkommen	7,0	6,4	153,3
Netto-Masseneinkommen, real	-0,2	0,5	110,4
Verfügbares persönl. Einkommen*)	5,7	8,2	154,6
Verfügbares persönl. Einkommen, real	-1,4	2,2	111,4

*) Nach Abzug der Zinsen für die Konsumentenschuld

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO.

Übersicht 4

Lohnrunde 1982

Wichtige Arbeitnehmergruppen	Kollektivvertragsabschlüsse			
	Zeitpunkt	nach .. Monaten	Erhöhung in %	umgerechnet auf Jahres- basis in %
<u>BEDIENSTETE</u>				
Bund	Jänner	12	6,0	6,0
Besoldungsreform	Juli	6	0,5	
<u>ARBEITER</u>				
Handel	Jänner	12	6,9	6,9
Textilindustrie	März	12	7,0	7,0
Baugewerbe	April	12	6,7	6,7
Graphisches Gewerbe	April	12	7,1	7,1
Stein-u.keramische Industrie	April	12	7,1	7,1
Gast-,Schank-u.Beherbungs- betriebe	Mai	12	7,5	7,5
Chemische Industrie	Mai	12	7,5	7,5
Papierindustrie	Juli	12	7,1	7,1
Bekleidungsindustrie (ohne Vorarlberg)	August	13	6,2	5,7
Metallindustrie	November	12	5,9	5,9
Metallgewerbe	Dezember	12	5,6	5,6
<u>ANGESTELLTE</u>				
Handel	Jänner	12	6,9	6,9
Banken	Jänner	12	6,4	6,4
Textilindustrie (ohne Vorarlberg)	März	12	7,4	7,4
Baugewerbe	April	12	6,7	6,7
Bekleidungsindustrie (ohne Vorarlberg)	August	12	6,2	5,7
Chemische Industrie	Oktober	12	5,9	5,9
Papierindustrie	Oktober	12	5,8	5,8
Metallindustrie	November	13	5,8	5,8

Quelle: WIFO

Übersicht 5

Tariflohnentwicklung nach Branchen und sozialrechtlicher Stellung

	Arbeiter ¹⁾			Angestellte ³⁾			Bedienstete		
	1981	1982	1982	1981	1982	1982	1981	1982	1982
	% gegen das		Index	% gegen das		Index	% gegen das		Index
	Vorjahr		1976=100	Vorjahr		1976=100	Vorjahr		1976=100
Gewerbe	7,3	7,1	150,0	6,6	7,4	146,7			
Baugewerbe	7,4	7,0	152,8	7,2	7,1	151,6			
Industrie ²⁾	7,3	7,4	148,9	7,0	7,4	146,6			
Handel	8,4	6,9	145,8	7,5	6,7	143,3			
Verkehr	7,0	7,0	145,9	7,6	6,6	147,8	6,9	6,8	143,9
Fremdenverkehr	7,4	7,7	150,6	6,8	7,1	149,0			
Geld-,Kredit- und Versicherungswesen				7,3	6,7	144,3			
Land-u.Forstwirtschaft	7,0	6,5	145,3	6,8	7,1	145,6			
Öffentl. Dienst							7,3	7,3	146,4
Insgesamt	7,2	7,2	148,8	7,2	7,1	145,5			

1) Wochenlöhne

2) inklusive Bauindustrie und Elektrizitätswerke

3) Monatsgehälter

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

Tariflohnentwicklung nach Branchen und Qualifikationsstufen¹⁾

	Facharbeiter			Angelernte Arbeiter			Hilfsarbeiter			Arbeiter
	1981	1982	1982	1981	1982	1982	1981	1982	1982	1982
	% gegen das		Index	% gegen das		Index	% gegen das		Index	Index
	Vorjahr		1976=100	Vorjahr		1976=100	Vorjahr		1976=100	1976=100
Gewerbe	7,2	7,1	149,7	7,4	7,4	150,1	7,5	7,0	150,8	150,0
Industrie ²⁾	7,2	7,1	148,7	7,4	7,7	149,2	7,2	7,2	148,4	148,9
Handel	8,6	6,8	151,8	7,7	6,9	143,4	8,9	7,0	145,6	145,8
Verkehr	6,5	6,5	145,6	6,7	7,1	144,8	8,0	7,0	150,4	145,9
Fremdenverkehr	7,0	7,0	148,8	7,6	8,0	151,4	7,8	8,0	151,7	150,6
Land-u.Forstwirtschaft	7,0	6,5	145,4	7,4	6,8	144,8	6,8	6,6	145,4	145,3
Insgesamt	7,3	7,0	149,0	7,3	7,6	148,7	7,5	7,1	148,7	148,8

1) Wochenlöhne

2) Inklusive Bauindustrie und Elektrizitätswerke

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO.

Übersicht 7

Effektivverdienste

	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Index 1976=100
	1981	1982	1982
GESAMTWIRTSCHAFT			
<u>Leistungseinkommen je Beschäftigten</u>			
brutto	7,7	5,9	148,1
brutto, real	0,5	0,1	106,7
INDUSTRIE			
<u>Monatsverdienste</u>			
brutto, je Beschäftigten	7,8	7,0	151,9
brutto, je Arbeiter	6,2	6,2	147,6
brutto, je Angestellten	9,8	7,5	155,5
brutto, je Beschäftigten ohne Sonderzahlungen	7,6	6,7	151,7
<u>Stundenverdienste</u>			
brutto, je Arbeiter	6,8	6,5	147,8
ohne Sonderzahlungen	7,2	6,2	147,3
BAUWIRTSCHAFT			
<u>Stundenverdienste</u>			
brutto, je Arbeiter	6,4	5,5	140,5

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO;
eigene Berechnungen.

Übersicht 8

Lohndrift*)

	Veränderungen gegen das Vorjahr in %	
	1981	1982
Gesamtwirtschaft	0,5	-1,2
Industrie, alle Beschäftigte	0,6	-0,5
Industrie, Arbeiter ohne Sonderzahlung	-0,1	-1,3
Bauwirtschaft	-0,4	-1,3

*) Die Lohndrift ist hier definiert als die Differenz zwischen den Veränderungsraten (in Prozent gegenüber dem Vorjahr) von Ist- und Tariflöhnen.

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt;
WIFO; eigene Berechnungen.

Die personelle Einkommensverteilung Österreichs (1976)

Schichtung der Einkommens- bezieher*) nach der Höhe des Einkommens	Einkommensanteile in % des Gesamteinkommens	Dezileinkommen
unterstes Zehntel	1,1	17.250
2. Zehntel	2,7	32.090
3. Zehntel	4,0	43.420
4. Zehntel	5,3	57.070
5. Zehntel	7,0	71.910
6. Zehntel	8,5	86.840
7. Zehntel	10,3	103.990
8. Zehntel	12,3	126.380
9. Zehntel	15,5	168.350
oberstes Zehntel	33,3	
oberstes Hundertstel	10,3	

* Hierunter fallen alle unselbständigen Erwerbstätigen, selbstständig Erwerbstätigen und Pensionisten.

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1976.

Statistische Kennzahlen 1)	1976
Variationskoeffizient	1.493
Log. Standardabweichung	.919
Gini-Koeffizient	.451
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	.577
Theil-Koeffizient	.425

1)

Der Messung der Ungleichheit in der Einkommens- bzw. Vermögensverteilung liegt kein objektives Meßverfahren zugrunde. Jedes bestimmte Maß ist implizit oder explizit mit einer Vorstellung über ein Konzept gesellschaftlicher Wohlfahrt verbunden. Dies äußert sich darin, daß jedes Maß verschiedenen Bereichen der Einkommenshierarchie unterschiedliche Gewichte zuordnet. Einige reagieren besonders sensitiv auf Umverteilungen im unteren Bereich der Pyramide (etwa log.Standardabweichung), andere wiederum bewerten Einkommenstransfers im mittleren Verteilungsbereich (z.B. Gini-Koeffizient) stärker. Je höher der ausgewiesene Wert des Ungleichheitsmaßes, desto höher ist das Ausmaß an Verteilungsungleichheit. Manche Maße (Gini-Koeffizient, Atkinson-Koeffizient) sind auf das Intervall 0-1 standardisiert; wobei der Koeffizient bei einer völligen Gleichverteilung den Wert 0 und für den Fall höchster Ungleichheit - also wenn eine Person über das gesamte Einkommen bzw. Vermögen verfügt - den Wert 1 annimmt.

Übersicht 10

Die personelle Einkommensverteilung vor und nach Steuern (1976)

Schichtung der Einkommens- bezieher* nach der Höhe des Einkommens	Einkommensanteile in % des Gesamteinkommens	
	vor Steuer	nach Steuer
unterstes Zehntel	1,1	1,2
2. Zehntel	2,7	3,0
3. Zehntel	4,0	4,5
4. Zehntel	5,3	6,0
5. Zehntel	7,0	7,6
6. Zehntel	8,5	9,2
7. Zehntel	10,3	10,8
8. Zehntel	12,3	12,9
9. Zehntel	15,5	15,9
oberstes Zehntel	33,3	28,9
oberstes Hundertstel	10,3	7,2

Statistische Kennzahlen	vor Steuern	nach Steuern
Variationskoeffizient	1.493	1.047
Log. Standardabweichung	.919	.863
Gini-Koeffizient	.451	.407
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	.577	.527
Theil-Koeffizient	.425	.312

*) Hierunter fallen alle unselbständig Erwerbstätigen, selbständig Erwerbstätigen und Pensionisten.

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1976.

Übersicht 11

Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit

Schichtung der Erwerbstätigen*) insgesamt nach Höhe des Einkommens	Einkommensanteile in % des Gesamteinkommens			Arithmet. Mittel in Schilling	
	1970	1981	1982	1981	1982
unterstes Zehntel	2,0	2,2	2,2	2.560	2.740
2. Zehntel	4,8	4,4	4,4	5.060	5.420
3. Zehntel	6,6	6,2	6,1	7.110	7.540
4. Zehntel	7,7	7,4	7,3	8.460	8.990
5. Zehntel	8,8	8,4	8,3	9.650	10.230
6. Zehntel	9,9	9,5	9,4	10.920	11.550
7. Zehntel	11,1	10,8	10,7	12.380	13.090
8. Zehntel	12,5	12,5	12,3	14.240	15.070
9. Zehntel	14,8	15,0	14,9	17.090	18.260
oberstes Zehntel	21,8	23,6	24,3	26.970	29.840

Statistische Kennzahlen	1970	1981	1982
Variationskoeffizient	0.565	0.627	0.641
Log. Standardabweichung	0.659	0.653	0.658
Gini-Koeffizient	0.293	0.314	0.320
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.373	0.365	0.368
Theil-Koeffizient	0.149	0.170	0.177

*) Hierunter sind alle unselbständig Erwerbstätigen mit Ausnahme der pragmatisierten Beamten der Gebietskörperschaften zu verstehen.

Quelle: Lohnstufenstatistik 1970, 1981, 1982; Hauptverband der Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen.

Übersicht 12

Verteilung der Arbeiterlöhne

Schichtung der Arbeiter insgesamt nach Höhe des Einkommens	Einkommensanteile in % des Gesamteinkommens			Arithmet. Mittel in Schilling	
	1970	1981	1982	1981	1982
unterstes Zehntel	2,0	2,3	2,3	2.280	2.420
2. Zehntel	4,8	4,5	4,6	4.440	4.740
3. Zehntel	7,0	6,7	6,7	6.560	6.930
4. Zehntel	8,3	8,1	8,1	7.980	8.390
5. Zehntel	9,3	9,2	9,2	9.070	9.530
6. Zehntel	10,3	10,3	10,3	10.170	10.650
7. Zehntel	11,5	11,5	11,4	11.360	11.830
8. Zehntel	12,9	13,0	12,8	12.790	13.300
9. Zehntel	14,9	14,9	14,8	14.720	15.300
oberstes Zehntel	19,0	19,5	19,8	19.270	20.550

Statistische Kennzahlen	1970	1981	1982
Variationskoeffizient	0.476	0.494	0.497
Log. Standardabweichung	0.645	0.622	0.622
Gini-Koeffizient	0.267	0.275	0.275
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.361	0.337	0.338
Theil-Koeffizient	0.122	0.127	0.127

Quelle: Lohnstufenstatistik 1970, 1981, 1982; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen.

Übersicht 13

Verteilung der Angestelltegehälter

Schichtung der Angestellten insgesamt nach Höhe des Einkommens	Einkommensanteile in % des Gesamteinkommens			Arithmet. Mittel in Schilling	
	1970	1981	1982	1981	1982
unterstes Zehntel	2,2	2,3	2,3	3.100	3.350
2. Zehntel	4,8	4,4	4,4	5.920	6.360
3. Zehntel	6,2	5,8	5,7	7.840	8.380
4. Zehntel	7,3	6,9	6,8	9.230	9.920
5. Zehntel	8,3	7,9	7,8	10.650	11.450
6. Zehntel	9,4	9,1	9,1	12.280	13.240
7. Zehntel	10,7	10,6	10,5	14.270	15.330
8. Zehntel	12,5	12,5	12,4	16.860	18.150
9. Zehntel	15,3	15,6	15,7	21.030	22.910
oberstes Zehntel	23,3	24,9	25,4	33.510	37.220

Statistische Kennzahlen	1970	1981	1982
Variationskoeffizient	0.605	0.664	0.668
Log. Standardabweichung	0.651	0.661	0.666
Gini-Koeffizient	0.311	0.334	0.339
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.361	0.371	0.368
Theil-Koeffizient	0.164	0.188	0.193

Quelle: Lohnstufenstatistik 1970, 1981, 1982; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen.

Übersicht 14

Verteilung der Einkommen aus unselbständiger
Arbeit : Männer

Schichtung der männlichen Erwerbstätigen nach Höhe des Einkommens	Einkommensanteile in % des Gesamteinkommens			Arithmet. Mittel in Schilling	
	1970	1981	1982	1981	1982
unterstes Zehntel	2,3	2,2	2,3	3.000	3.310
2. Zehntel	5,8	5,2	5,3	7.050	7.640
3. Zehntel	7,2	6,7	6,6	9.100	9.650
4. Zehntel	8,1	7,7	7,6	10.420	10.980
5. Zehntel	8,9	8,6	8,4	11.650	12.250
6. Zehntel	9,8	9,5	9,3	12.920	13.590
7. Zehntel	10,8	10,6	10,4	14.410	15.190
8. Zehntel	12,1	12,1	11,9	16.330	17.360
9. Zehntel	14,2	14,5	14,6	19.570	21.240
oberstes Zehntel	20,8	22,9	23,6	30.920	34.400

Statistische Kennzahlen	1970	1981	1982
Variationskoeffizient	0.517	0.587	0.598
Log. Standardabweichung	0.610	0.626	0.626
Gini-Koeffizient	0.264	0.293	0.300
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.334	0.346	0.341
Theil-Koeffizient	0.126	0.151	0.157

Quelle: Lohnstufenstatistik 1970, 1981, 1982; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen.

Übersicht 15

Verteilung der Einkommen aus unselbständiger
Arbeit : Frauen

Schichtung der weiblichen Erwerbstätigen nach Höhe des Einkommens	Einkommensanteile in % des Gesamteinkommens			Arithmet. Mittel in Schilling	
	1970	1981	1982	1981	1982
unterstes Zehntel	2,2	2,6	2,6	2.200	2.330
2. Zehntel	4,8	4,7	4,7	4.020	4.250
3. Zehntel	6,9	6,5	6,5	5.580	5.890
4. Zehntel	8,3	7,8	7,7	6.680	7.050
5. Zehntel	9,3	8,9	8,8	7.620	8.020
6. Zehntel	10,2	9,9	9,9	8.470	8.990
7. Zehntel	11,3	11,0	11,0	9.400	10.000
8. Zehntel	12,6	12,4	12,4	10.570	11.300
9. Zehntel	14,6	14,7	14,8	12.500	13.450
oberstes Zehntel	19,8	21,5	21,6	18.140	19.720

Statistische Kennzahlen	1970	1981	1982
Variationskoeffizient	0.491	0.534	0.550
Log. Standardabweichung	0.628	0.598	0.608
Gini-Koeffizient	0.269	0.283	0.289
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.345	0.318	0.327
Theil-Koeffizient	0.124	0.135	0.141

Quelle: Lohnstufenstatistik 1970, 1981, 1982; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen.

Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit
nach Geschlecht und sozialrechtlicher Stellung 1982

Soziale Stellung	Dezile in Schilling								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Angestellte, männlich	7.950	10.370	12.500	14.490	16.480	18.880	21.680	26.330	34.250
Arbeiter, männlich	4.290	8.280	9.680	10.750	11.780	12.810	14.000	15.560	18.100
Angestellte, weiblich	4.010	6.070	7.440	8.680	9.800	10.950	12.360	14.200	17.210
Arbeiter, weiblich	2.780	4.340	5.720	6.620	7.420	8.200	8.980	9.870	11.180
Angestellte, insgesamt	4.910	7.490	9.180	10.640	12.300	14.210	16.560	19.970	26.860
Arbeiter, insgesamt	3.510	5.990	7.740	8.980	10.070	11.220	12.520	14.160	16.740
Männer, insgesamt	5.510	8.900	10.340	11.620	12.890	14.330	16.130	18.840	24.550
Frauen, insgesamt	3.310	5.140	6.520	7.530	8.510	9.480	10.550	12.170	15.070
Erwerbstätige, insges.*)	4.060	6.650	8.330	9.620	10.850	12.270	13.970	16.330	20.900

*) Hierunter sind alle unselbständig Erwerbstätigen mit Ausnahme der pragmatisierten Beamten der Gebietskörperschaften zu verstehen.

Quelle: Lohnstufenstatistik 1982; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen.

Übersicht 17

Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit:Veränderung 1981/82

Soziale Stellung	Dezilwachstum in % (1981 = 100)								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Angestellte, männlich	107,7	107,5	107,8	107,7	107,6	107,7	108,0	110,7	113,2
Arbeiter, männlich	113,5	106,4	105,2	104,5	104,3	104,0	103,8	104,0	105,0
Angestellte, weiblich	106,9	106,7	106,6	106,0	107,6	107,8	107,9	107,9	107,7
Arbeiter, weiblich	104,1	103,6	105,0	103,8	103,9	104,2	104,8	104,7	104,6
Angestellte, insgesamt	107,2	107,0	107,6	107,5	107,7	107,7	107,5	107,5	110,8
Arbeiter, insgesamt	107,3	106,4	105,2	105,0	104,8	104,5	104,2	103,9	104,4
Männer, insgesamt	112,2	106,6	105,6	105,2	105,1	105,2	105,8	107,0	110,6
Frauen, insgesamt	106,4	104,9	105,8	105,3	105,6	106,4	106,5	107,3	107,4
Erwerbstätige, insges.*)	108,3	106,9	105,8	106,3	105,9	105,7	105,8	106,2	108,0

*) Hierunter sind alle unselbständig Beschäftigten mit Ausnahme der pragmatisierten Beamten der Gebietskörperschaften zu verstehen.

Quelle: Lohnstufenstatistik 1981, 1982; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen.

Übersicht 18

Teilzeitbeschäftigung
(Normalarbeitszeit unter 36 Std. wöchentlich)

	1970	1980	1981
Unselbständig Beschäftigte			
insgesamt	5,6	7,5	8,0
Männer	1,3	1,3	1,6
Frauen	13,7	18,1	18,8
Angestellte und Beamte			
insgesamt	6,3	8,7	9,3
Männer	2,4	2,3	2,7
Frauen	12,2	17,1	17,5
Arbeiter			
insgesamt	5,1	6,1	6,5
Männer	0,5	0,4	0,5
Frauen	15,5	19,9	20,9

Quelle: Mikrozensus, Jahresergebnisse 1970, 1980, 1981,
Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene
Berechnungen.

Übersicht 19

Industrielle Lohnstruktur
(ohne Vorarlberg)

ARBEITER ¹⁾	Stundenverdienst in S ³⁾			Überzahlung in %	
	1970	1981	1982	1981	1982
Facharbeiter	25,27	71,19	74,54	38,7	35,9
bes. qualifizierte angelernte Arbeiter	23,45	65,71	69,10	50,1	46,4
qualifizierte angelernte Arbeiter	21,90	59,96	63,55	45,8	43,2
sonstige angelernte Arbeiter	18,60	52,30	55,31	40,0	38,1
Hilfsarbeiter,schwer	19,16	52,00	54,67	27,0	26,0
Hilfsarbeiter,leicht	16,23	48,19	51,13	31,3	30,3
insgesamt	21,53	61,53	64,92	40,6	38,1

ANGESTELLTE ²⁾	Monatsgehalt in S			Überzahlung in %	
	1970	1981	1982	1981	1982
Verwendungsgruppe					
I	2.757	7.343	8.041	17,5	17,4
II	3.445	8.957	9.596	22,7	21,6
III	4.551	12.119	12.985	25,3	24,7
IV	6.234	16.851	18.040	28,6	27,8
V	8.992	23.900	25.542	31,7	30,7
VI	13.606	35.383	37.703	27,1	25,5
insgesamt	5.773	16.403	17.605	27,8	26,9

1) Arbeiter: Oktober 1970, September 1981, September 1982

2) Angestellte: Jänner 1970, Jänner 1981, Jänner 1982

3) Lohnarbeit + Akkordarbeit + Prämienarbeit

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

Übersicht 20

Industrielle Lohnstruktur
(ohne Vorarlberg)

ARBEITER	Stundenverdienste insgesamt = 100		
	1970	1981	1982
Facharbeiter	117	116	115
bes. qualifizierte angelernte Arbeiter	109	107	106
qualifizierte angelernte Arbeiter	102	97	98
sonstige angelernte Arbeiter	86	85	85
Hilfsarbeiter, schwer	89	85	84
Hilfsarbeiter, leicht	75	78	79
insgesamt	100	100	100

ANGESTELLTE	Monatsgehälter insgesamt=100		
	1970	1981	1982
Verwendungsgruppe			
I	48	45	46
II	60	55	55
III	79	74	74
IV	108	103	102
V	156	146	145
VI	236	219	214
insgesamt	100	100	100

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

Übersicht 21

Die branchenspezifische Lohnhierarchie in der Industrie

	Stundenlöhne in S				Rang				1971=100	
	1971		1982		71	82	71	82	1971=100	
	KV	Ist	KV	Ist	KV	KV	Ist	Ist	KV	Ist
Fahrzeug	17,28	29,13	47,58	74,39	8	12	1	1	275	255
Eisenhütten	17,62	27,41	47,80	73,55	7	10	3	2	271	268
Bergbau	17,01	25,54	47,62	73,16	11	11	7	3	280	286
Bau	-	-	55,12	71,10	-	-	-	-	-	-
Papier	19,51	25,72	55,58	70,51	3	1	6	4	285	274
Maschinen	17,71	26,44	48,56	70,38	6	8	4	5	274	266
Chemie	18,03	24,84	49,97	70,01	4	6	9	6	277	282
Gaswerke	19,97	25,07	52,16	69,41	2	3	8	7	261	277
Gießerei	16,63	27,55	45,44	69,26	14	16	2	8	273	251
Glas	17,78	24,09	51,39	67,64	5	4	11	9	289	281
Stein-und Keramik	17,24	24,47	51,08	66,39	9	5	10	10	296	271
Metall	17,10	26,31	48,00	66,00	10	9	5	11	281	251
Elektro	17,00	22,57	47,20	62,65	12	14	14	12	278	277
Holz	16,07	23,13	47,35	61,57	16	13	13	13	295	266
Eisen-u.Metall	16,60	23,27	45,51	61,43	15	15	12	14	274	264
Nahrungsmittel	20,34	22,45	53,92	61,14	1	2	15	15	265	272
Säge	16,87	21,22	49,24	59,16	13	7	16	16	292	279
Papierverarbeit.	15,53	19,94	44,47	54,61	17	17	18	17	286	274
Textil	14,53	19,92	39,60	53,66	19	18	19	18	273	269
Lederverarbeit.	14,54	20,10	34,66	48,57	18	21	17	19	238	242
Ledererzeugung	13,69	19,45	34,67	46,89	21	20	20	20	253	241
Bekleidung	14,21	18,63	37,30	45,50	20	19	21	21	262	244
insgesamt	17,25	23,89	48,38*	64,92*						

*) inklusive Bau

Quelle: Lohnerhebungen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft

Einkünfte (nach Ausgleich mit Verlusten) nach Einkunftsarten

Einkunftsarten	Anteil der Fälle*) in % aller erfaß- ten Fälle			Anteil der Einkünfte (nach Ausgleich mit Verlusten)			Durchschnittliche Einkünfte je Fall		
	1973	1978	1979	1973	1978	1979	1973	1978	1979
Land-und Forstwirtschaft	9,1	9,6	8,7	2,1	2,4	2,3	23.600	31.690	36.180
selbständige Arbeit	7,7	7,8	8,1	13,1	16,3	15,6	175.150	261.630	262.020
Gewerbebetrieb	32,0	28,6	27,6	56,1	42,0	42,8	181.510	182.800	211.990
nichtselbständige Arbeit	25,5	27,7	28,5	21,4	30,2	30,8	86.640	136.030	147.810
Kapitalvermögen	5,4	5,3	5,8	2,1	2,3	2,0	40.730	54.890	48.630
Vermietung und Verpachtung	15,3	15,3	15,6	3,4	4,3	4,2	23.320	34.980	36.290
Sonstige Einkünfte	5,0	5,7	5,7	1,8	2,5	2,3	36.980	54.670	56.370

*) Zahl der erfaßten Fälle der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten übersteigt die Zahl der Einkommenssteuerpflichtigen bei weitem. Das bedeutet, daß beim überwiegenden Teil der Veranlagten das steuerpflichtige Einkommen aus zumindest zwei Einkommensquellen stammt.

Quelle: Einkommensteuerstatistik 1973, 1978, 1979, Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen.

Übersicht 23

Einkünfte und Verluste nach Einkunftsarten 1979

Einkunftsarten	Fälle von Einkünften	Durchschnittl. Einkünfte je Fall	Fälle von Verlusten	Durchschnittl. Verluste je Fall
Land- und Forstwirtschaft	51.471	38.490	985	84.840
selbständige Arbeit	46.052	281.320	3.031	31.140
Gewerbebetrieb	156.262	231.080	10.652	68.120
nichtselbständige Arbeit	172.116	147.990	194	15.410
Kapitalvermögen	33.606	51.160	1.103	28.460
Vermietung u. Verpachtung	78.421	49.870	16.014	30.240
Sonstige Einkünfte	33.991	56.610	111	17.590
Insgesamt	571.919	147.000	32.090	44.380

Quelle: Einkommensteuerstatistik 1979, Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen.

Übersicht 24

Verteilung der einkommensteuerpflichtigen Einkommen in Österreich

Schichtung der Einkommen- steuerpflichtigen nach der Einkommenshöhe	Anteil der gesamten einkommensteuer- pflichtigen Einkommen in %		
	1973	1978	1979
unterstes Zehntel	1,3	1,2	1,2
2. Zehntel	2,1	2,0	2,1
3. Zehntel	2,8	2,7	2,8
4. Zehntel	3,5	3,5	3,6
5. Zehntel	4,4	4,5	4,5
6. Zehntel	5,5	5,6	5,6
7. Zehntel	6,6	7,1	7,1
8. Zehntel	9,3	9,6	9,4
9. Zehntel	13,7	14,5	14,3
oberstes Zehntel	50,8	49,3	49,4
oberstes Hundertstel	19,3	18,6	19,3

Statistische Kennzahlen	1973	1978	1979
Variationskoeffizient	2.079	2.767	2.871
log. Standardabweichung	0.991	0.990	0.981
Gini-Koeffizient	0.595	0.589	0.587
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.666	0.658	0.658
Theil-Koeffizient	0.708	0.830	0.844

Quelle: Einkommensteuerstatistik 1973, 1978, 1979, Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen.

Übersicht 25

Verteilung der einkommensteuerpflichtigen Einkommen
vor und nach Steuern 1979

Schichtung der Einkommen- steuerpflichtigen nach der Einkommenshöhe	Anteil am gesamten einkommensteuer- pflichtigen Einkommen in %	
	vor Steuer	nach Steuer
unterstes Zehntel	1,2	1,7
2. Zehntel	2,1	3,0
3. Zehntel	2,8	3,8
4. Zehntel	3,6	4,7
5. Zehntel	4,5	5,7
6. Zehntel	5,6	7,1
7. Zehntel	7,1	8,2
8. Zehntel	9,4	10,7
9. Zehntel	14,3	16,2
oberstes Zehntel	49,4	38,9
oberstes Hundertstel	19,3	14,7

Statistische Kennzahlen	vor Steuer	nach Steuer
Variationskoeffizient	2.871	2.274
log. Standardabweichung	0.981	0.847
Gini-Koeffizient	0.587	0.493
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.658	0.550
Theil-Koeffizient	0.844	0.584

Quelle: Einkommensteuerstatistik 1979, Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen.

Übersicht 26

Vermögen der natürlichen Personen nach Vermögensarten

Vermögensarten	Fälle		Vermögen in Mio S. (nach Ausgleich mit Verlusten)		Durchschnittliches Vermögen je Fall in S	
	1974	1977	1974	1977	1974	1977
Land-u. forstwirtschaftl. Vermögen	34.268	28.316	4.978,1	4.834,0	145.270,-	170.720,-
Grundvermögen	116.180	104.573	44.110,4	46.506,9	379.670,-	444.730,-
Betriebsvermögen	73.244	60.042	83.825,3	87.533,5	1,144.470,-	1,457.870,-
Sonstiges Vermögen	68.677	65.173	40.695,1	48.874,1	592.560,-	749.910,-
Gesamtvermögen	145.306	127.099	173.608,8	187.748,5	1,194.780,-	1,477.180,-

Quelle: Vermögenssteuerstatistik 1974 und 1977, Österreichisches Statistisches Zentralamt.

Übersicht 27

Verteilung der vermögenssteuerpflichtigen Vermögen
Gesamtvermögen*)

Schichtung der vermögenssteuerpflichtigen Haushalte nach der Höhe des Vermögens	Anteil am gesamten vermögenssteuerpflichtigen Vermögen in %		
	1971	1974	1977
unterstes Zehntel	1,4	1,4	1,3
2. Zehntel	1,9	1,8	1,7
3. Zehntel	2,6	2,5	2,0
4. Zehntel	3,1	3,1	2,8
5. Zehntel	3,8	3,7	3,7
6. Zehntel	4,8	4,8	4,8
7. Zehntel	6,1	6,2	6,3
8. Zehntel	8,2	8,3	8,6
9. Zehntel	12,9	13,0	13,4
oberstes Zehntel	55,2	55,2	55,4
oberstes Hundertstel	24,2	24,3	23,5

Statistische Kennzahlen	1971	1974	1977
Variationskoeffizient	3.240	3.126	2.913
Log. Standardabweichung	0.949	0.965	1.012
Gini-Koeffizient	0.629	0.632	0.643
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.645	0.653	0.676
Theil-Koeffizient	1.038	1.034	1.026

*) Beschränkt und unbeschränkt steuerpflichtige, natürliche Personen.

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Vermögenssteuerstatistik 1971, 1974 und 1977.

Übersicht 28

Verteilung am vermögensteuerpflichtigen Vermögen
Betriebsvermögen*)

Schichtung der vermögensteuerpflichtigen Haushalte nach der Höhe des Vermögens	Anteil am gesamten vermögensteuerpflichtigen Vermögen in %		
	1971	1974	1977
unterstes Zehntel	1,8	1,7	1,9
2. Zehntel	2,1	2,1	2,2
3. Zehntel	2,5	2,5	2,8
4. Zehntel	3,0	3,1	3,2
5. Zehntel	3,7	3,6	3,8
6. Zehntel	4,5	4,5	4,9
7. Zehntel	5,8	5,8	6,1
8. Zehntel	8,0	8,2	8,4
9. Zehntel	13,0	13,0	13,3
oberstes Zehntel	55,6	55,5	53,4
oberstes Hundertstel	22,6	22,3	20,3

Statistische Kennzahlen	1971	1974	1977
Variationskoeffizient	2.795	2.651	2.394
log. Standardabweichung	0.922	0.934	0.905
Gini-Koeffizient	0.624	0.626	0.606
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.624	0.629	0.603
Theil-Koeffizient	0.984	0.971	0.886

*) Beschränkt und unbeschränkt steuerpflichtige, natürliche Personen.

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Vermögenssteuerstatistik 1971, 1974 und 1977.

Übersicht 29

Verteilung der vermögensteuerpflichtigen Vermögen
Land- und Forstwirtschaft*)

Schichtung der vermögensteuerpflichtigen Haushalte nach der Höhe des Vermögens	Anteile am gesamten vermögensteuerpflichtigen Vermögen in %		
	1971	1974	1977
unterstes Zehntel	4,5	4,8	4,5
2. Zehntel	6,5	6,8	5,7
3. Zehntel	6,6	7,3	6,7
4. Zehntel	7,2	7,4	6,3
5. Zehntel	7,4	7,2	6,3
6. Zehntel	7,1	6,5	6,2
7. Zehntel	6,8	6,6	5,6
8. Zehntel	6,7	6,2	6,8
9. Zehntel	8,1	8,1	9,4
oberstes Zehntel	39,1	39,1	42,5
oberstes Hundertstel	20,8	19,7	20,3

Statistische Kennzahlen	1971	1974	1977
Variationskoeffizient	2.496	2.142	2.218
log. Standardabweichung	0.479	0.486	0.538
Gini-Koeffizient	0.347	0.331	0.389
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.301	0.293	0.3387
Theil-Koeffizient	0.600	0.544	0.6148

*) Beschränkt und unbeschränkt steuerpflichtige, natürliche Personen.

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Vermögenssteuerstatistik 1971, 1974 und 1977.

Die Entwicklung der sozialen Sicherheit

1. Die gesamten öffentlichen Sozialausgaben

Die Ausgaben für soziale Sicherheit, in der Abgrenzung gemäß den Sozialkonten der Europäischen Gemeinschaft, betrugen 1982 knapp 306 Mrd. S. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sie sich um 8,7%. Diese Steigerungsrate lag deutlich unter dem längerfristigen Durchschnitt. Sie lag auch nicht wesentlich höher als die Steigerung des nominellen Brutto-Inlandsprodukts (+8,0%). Der Anteil der Sozialausgaben am Brutto-Inlandsprodukt ("Sozialquote") erhöhte sich daher nur geringfügig, von 26,6% auf 26,8%. Dieser gedämpfte Anstieg ist für ein Rezessionsjahr insofern bemerkenswert, als mit einer Verschlechterung der Konjunktur und der Lage auf dem Arbeitsmarkt höhere Aufwendungen der Sozialbudgets verbunden sind: dies gilt insbesondere für die Arbeitslosenversicherung und die Pensionsversicherung, die als "automatische Stabilisatoren" der Konjunktur fungieren. In den sechziger und siebziger Jahren hatte sich bei schlechter Konjunktur die Sozialquote jeweils viel deutlicher erhöht. Mehrere Faktoren waren für die gedämpfte Ausgabenentwicklung maßgebend: Die Verlangsamung des Lohn- und Preisauftriebs in den vergangenen Jahren schlug sich ganz allgemein in der Kostenentwicklung nieder, insbesondere dämpfte er die Steigerungsraten in der jährlichen Pensionsanpassung; in der Krankenversicherung gelang es, den starken Kostenauftrieb zumindest bei

einigen wichtigen Aufwandspositionen wesentlich zu verlangsamen; der Bund, der einen entscheidenden Beitrag zur Finanzierung der gesamtwirtschaftlichen Sozialausgaben leistet, war bei der Ausweitung und Verbesserung von sozialen Leistungen zurückhaltender als in früheren Jahren; in der Berechnung der Sozialausgaben gemäß internationalen Definitionen sind schließlich auch gewisse "freiwillige Sozialleistungen" der Produktionsbetriebe enthalten: dazu zählen vor allem Betriebspensionen, private Zusatzkrankenversicherungen und ähnliche Leistungen. Sie wurden in den letzten Jahren deutlich weniger rasch ausgeweitet als früher; in den von der Wirtschaftskrise besonders betroffenen Branchen und Betrieben wurden sie teilweise sogar eingeschränkt.

Im internationalen Vergleich mit den EG-Ländern liegt Österreich hinsichtlich der Sozialquote weiterhin etwa im Mittelfeld. Gemäß den zuletzt verfügbaren Daten für 1981 lag Österreich mit einer Sozialquote von 26,6% an siebenter Stelle von zehn Vergleichsländern. Dies war auch etwas niedriger als der Durchschnitt der neun EG-Länder. 1970 war Österreich allerdings noch etwas über dem EG-Durchschnitt gelegen. Daß die Sozialausgaben in Österreich seither etwas langsamer gestiegen sind als in einigen anderen westeuropäischen Ländern, ist bereits an anderer Stelle festgestellt worden¹⁾. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß sich die soziale Sicherheit weniger rasch verbessert hätte als in anderen Ländern. Eine wichtige Ursache

1) Siehe G.Busch, "Österreichs Sozialausgaben im internationalen Vergleich", Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, 8/1979.

Übersicht 1**Anteil der Sozialausgaben am Brutto-Inlandsprodukt**

	Sozialausgaben insgesamt		Brutto-Inlandsprodukt (nominal)		Sozialaus- gaben in % des Brutto- inlands- produktes
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1974	131 670	+ 16,7	618 563	+ 13,8	21,3
1975	157 156	+ 19,4	656 716	+ 6,2	23,9
1976	177 010	+ 12,6	724 747	+ 10,4	24,4
1977	195 070	+ 10,2	796 191	+ 9,9	24,5
1978 ¹⁾	224 234	+ 15,0	842 332	+ 5,8	26,6
1979 ¹⁾	243 742	+ 8,7	918 723	+ 9,1	26,5
1980 ¹⁾	257 449	+ 5,6	998 968	+ 8,7	25,8
1981 ¹⁾	281 469	+ 9,3	1 058 268	+ 5,9	26,6
1982 ¹⁾	306 856	+ 8,7	1 143 039	+ 8,0	26,8

Q: Wifo. — ¹⁾ Vorläufige Werte

Übersicht 2Sozialquoten¹⁾ im internationalen Vergleich

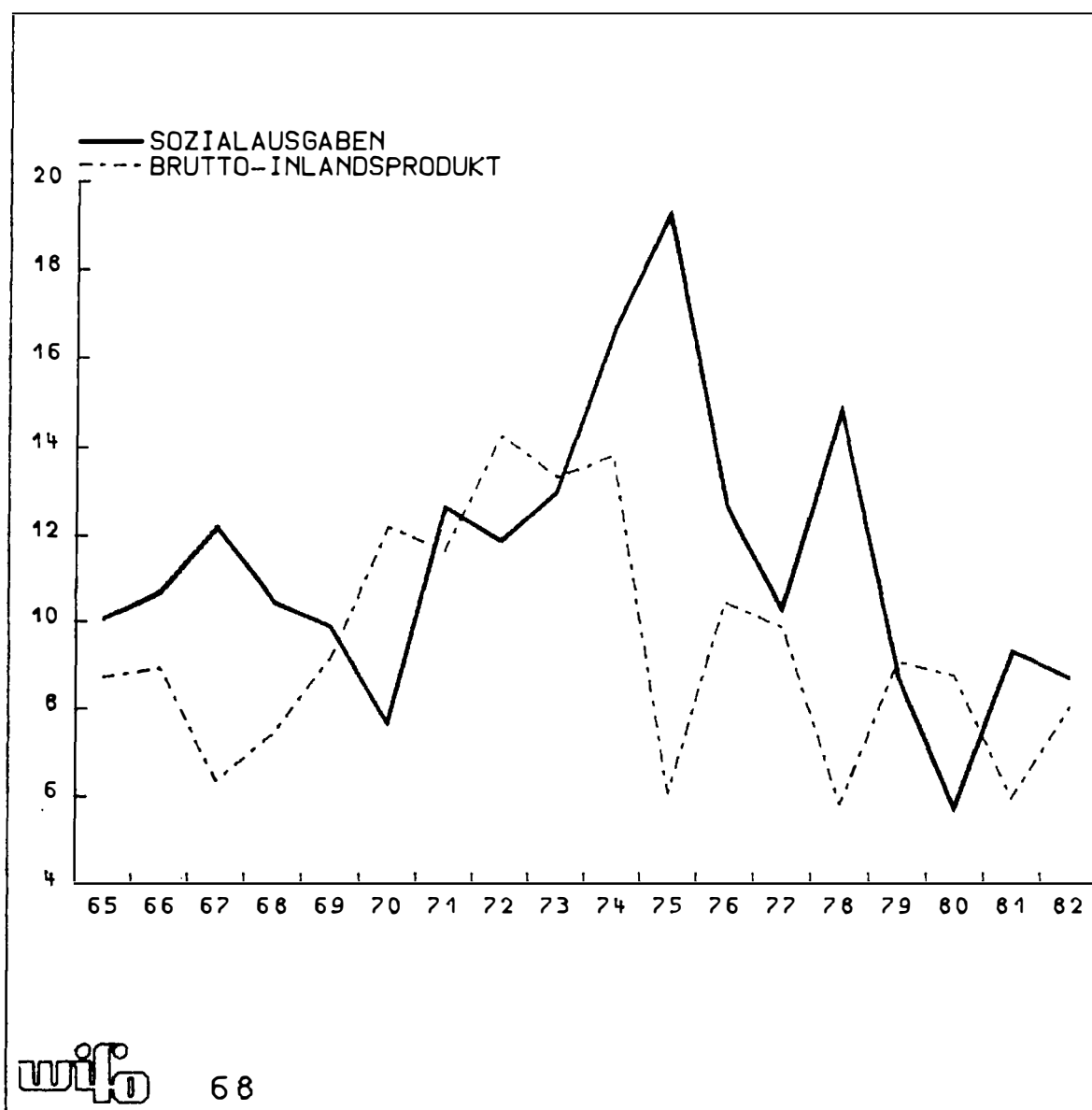
	1970	1975	1980	1981
BRD	21,5	28,0	28,7	29,5
Frankreich	19,2	22,9	25,9	27,2
Italien	17,4	22,6	22,8	24,7
Niederlande	20,8	28,1	30,5	31,7
Belgien	18,5	24,5	27,6	30,2
Luxemburg	16,4	22,4	25,6	27,1
Großbritannien	15,9	19,5	21,4	23,5
Irland	13,2	19,4	22,0	–
Dänemark	19,6	25,8	28,7	29,3
EG insgesamt	19,3	24,2	25,8	27,1
Österreich	21,2	24,0	26,6	26,8

1) Sozialausgaben in % des Brutto-Inlandsprodukts.

Q: EG-Sozialkonten; für Österreich: Wifo-Berechnungen.

Abbildung 1

WACHSTUM DER SOZIALAUSGABEN UND DES
DES BRUTTO-INLANDSPRODUKTES IN OESTERREICH
NOMINELLE VERAENDERUNG GEGEN DAS VORJAHR IN %



für den relativ langsameren Anstieg ist nämlich darin zu sehen, daß Österreich weiterhin eine recht günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt aufweist, und daher weniger Geld für Arbeitslosenunterstützungen aufwenden muß als andere Länder. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist auch von 1980 auf 1981 die Sozialquote im Durchschnitt der EG-Länder stärker gestiegen als in Österreich.

2. Sozialausgaben des Bundes

Zu den wichtigsten sozialen Aufgabenbereichen, die in die unmittelbare Kompetenz des Bundes fallen, zählen die Arbeitslosenversicherung, der Familienlastenausgleich, die Altersversorgung für öffentlich Bedienstete und die Beiträge zur Finanzierung der Pensionsversicherung. Insgesamt wendete der Bund für diese Aufgaben um 15,8% mehr auf 1982 als im Jahr zuvor. Diese Steigerungsrate war deutlich höher als in allen Jahren seit der Rezession 1975; sie lag auch markant höher als die der gesamten Sozialausgaben im Jahr 1982. Maßgebend hiefür waren die massiven Ausgabensteigerungen einerseits in der Arbeitslosenversicherung (+43,1%), andererseits für die Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung (+25,9%). In beiden Fällen erklärt sich die Kostenexplosion aus der Verschlechterung der Konjunkturlage und der Beschäftigung. Die Zahl der Arbeitslosen war 1982 um etwa 36.000 Personen bzw. um die Hälfte höher als im Vorjahr. Etwa zwei Drittel der Arbeitslosen bezogen eine finanzielle Unterstützung in Form des Arbeitslosengelds, weitere 11% erhielten

Übersicht 3

Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherheit										
	Arbeitslosen- versicherung	Familien- beihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensions- versicherung	Summe	Arbeitslosen- versicherung	Familien- beihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensions- versicherung	Summe
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes in %				
1974	+ 65,9	+ 11,1	+ 13,1	+ 18,7	+ 16,2	1,2	7,1	7,8	9,2	25,2
1975	+ 15,9	+ 25,1	+ 14,7	+ 36,4	+ 25,6	1,1	7,6	7,6	10,7	26,9
1976	+ 15,5	+ 7,0	+ 12,3	+ 10,8	+ 10,3	1,2	7,2	7,5	10,5	26,3
1977	+ 21,6	+ 15,4	+ 9,3	+ 12,2	+ 12,7	1,3	7,8	7,7	11,0	27,8
1978	+ 32,5	+ 44,5 ¹⁾	+ 11,1	- 15,6	+ 10,9 ¹⁾	1,6	10,0 ¹⁾	7,6	8,3	27,4 ¹⁾
1979	+ 19,4	+ 6,8	+ 7,2	+ 6,5	+ 7,6	1,7	9,8	7,6	8,1	27,2
1980	+ 11,0	+ 3,1	+ 6,2	- 8,3	+ 1,0	1,8	9,5	7,5	7,0	25,9
1981	+ 28,4	+ 8,3	+ 9,0	+ 11,1	+ 10,7	2,1	9,3	7,4	7,0	25,9
1982 ²⁾	+ 43,1	+ 7,6	+ 8,8	+ 25,9	+ 15,8	2,7	9,1	7,3	8,1	27,3

Q Bundesrechnungsabschluß — ¹⁾ Infolge Umstellung der Familienförderung mit Vorjahreswerten nicht vergleichbar — ²⁾ Bundesvoranschlag bzw. vorläufiger Gebarungserfolg

Notstandshilfe nach Erschöpfung ihres Anspruches auf Arbeitslosengeld. Da die Höchstbeitragsgrundlage in der Arbeitslosenversicherung 1982 außertourlich angehoben wurde, erhöhte sich auch der Höchstsatz für das Arbeitslosengeld außerordentlich stark (+16,8%).

In der Pensionsversicherung trägt der Bund die Ausfallhaftung, i.e. er gleicht das Defizit der einzelnen Versicherungsträger zwischen den Ausgaben und den Einnahmen aus Versichertenbeiträgen aus. Da nunmehr sämtliche Versicherungsträger - auch jener der Angestellten - ein Defizit aufweisen, wird der Bund durch jede Verschlechterung des Belastungsverhältnisses in der Pensionsversicherung voll getroffen. 1982 kam es zu einer massiven Verschlechterung dieses Belastungsverhältnisses, weil einerseits die Zahl der Pensionsempfänger beschleunigt zunahm (u.a. infolge der steigenden Zahl an vorzeitigen Alterspensionen), und da andererseits der Rückgang der Beschäftigung auch eine Verringerung der Zahl der Pensionsversicherten (und Beitragszahler) mit sich brachte. Eine Entlastung des Bundes durch Beitragserhöhungen für die Versicherten, wie sie in einigen Jahren seit 1977 erfolgte, fand im abgelaufenen Jahr nicht statt. Die mehrfache Erhöhung der Beitragssätze war auch die Ursache dafür, daß in den letzten Jahren die Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung nur mäßig gestiegen waren, und sich 1978 und 1980 sogar verringert hatten.

- 104 -

Übersicht 4Gebahrung der Arbeitsmarktverwaltung

Mill.S

	1981	1982
Ausgaben insgesamt	9.318	13.062
davon: Landesarbeitsämter	616	780
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. AMFG	951	1.432
Sonderunterstützung	416	549
Leistungen nach dem AlVG	5.660	8.189
Krankenversicherung der Leistungsbezieher	814	1.184
Sonstige1)	861	928
Einnahmen2)	8.927	11.740
davon: Arbeitslosenversicherungsbeiträge	7.902	9.947

1) Kostenersatz an die Träger d. Krankenversicherung, Überweisung an den Ausgleichsfonds d. Pensionsversicherung, Beitrag d. Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe.

2) Ohne Abgangsdeckung.

Q: Österr. Arbeiterkammertag

Übersicht 5Gebahrung des Familienlastenausgleichsfonds

Mill.S

	<u>1981</u>	<u>1982</u>
Ausgaben insgesamt	31.618	33.316
davon: Familienbeihilfen	24.281	25.500
Geburtenbeihilfen	1.407	1.500
Schülerfreifahrten	2.680	2.623
Schulbücher	993	1.040
 Einnahmen		
Dienstgeberbeiträge	18.737	20.100
Öffentliche Mittel ¹⁾	9.642	9.791
Sonstige Einnahmen ²⁾	103	100
Ersatz vom Reservefonds	3.135	3.326

1) Anteil an Einkommens- und Körperschaftsteuer, Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Beiträge der Länder.

2) Rückgezahlte Unterhaltsvorschüsse.

Q: Bundesvoranschlag (für 1982) bzw. Bundesrechnungsabschluß (für 1981).

- 106 -

Die konjunkturunabhängigen Sozialausgaben des Bundes stiegen demgegenüber schwächer als im Vorjahr. Die Ausgaben für Familienbeihilfen waren um 7,6% höher als 1981. Der Aufwand für Familien- und für Geburtenbeihilfen stieg wegen der höheren Zahl der Kinder. Außerdem wurde die Familienbeihilfe für Kinder ab dem 10. Lebensjahr auf 1.200 S pro Monat erhöht. Der Pensionsaufwand des Bundes für öffentlich Bedienstete war um 8,8% höher als 1981.

3. Sozialversicherung

Die Ausgaben der Sozialversicherung insgesamt (ohne Transferzahlungen zwischen den Versicherungsträgern) betrugen 1982 knapp 163 Mrd. S. Die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr von 7,8% lag deutlich niedriger als in den letzten Jahren. Zwischen 1972 und 1981 waren die Ausgaben der Sozialversicherung im Durchschnitt um 12,1% pro Jahr gestiegen. Die Einnahmen aus Versichertenbeiträgen (+5,6%) hielten dennoch nicht mit der mäßigen Ausgabenentwicklung Schritt, sodaß die Eigenmittelbasis der Sozialversicherung schmaler wurde.

3.1 Krankenversicherung

Insbesondere in der Krankenversicherung hat sich die Ausgabendynamik wesentlich abgeschwächt. Das gesamte Ausgabenvolumen von 45,4 Mrd. S war nur um 4,4% höher als im Vorjahr. Mehrere Faktoren waren hiefür maßgebend. Aufgrund der 37. ASVG-Novelle wurde mit Jahresanfang 1982 die Rezeptgebühr für Heilmittel von S 15,- auf S 18,- angehoben. Diese Erhöhung dämpfte den Aufwand der Kranken-

Übersicht 6

Die Entwicklung einiger Ausgabenpositionen in der
Krankenversicherung

	1980	1981	1982 ¹⁾	1982 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr	in %	in %	Anteil an den Gesamtaus- gaben der Krankenver- sicherung in %
Ärztliche Hilfe	+ 10,3	+ 8,6	+ 5,9	25,4
Anstaltspflege	+ 8,7	+ 9,5	+ 10,0	25,3
Heilmittel	+ 12,9	+ 5,6	+ 3,8	13,5
Zahnbehandlung, -ersatz	+ 9,6	+ 6,5	+ 6,3	8,4
Krankenunterstützung	+ 11,6	+ 4,7	- 5,2	5,4
Verwaltungskosten	+ 20,6	+ 11,1	+ 7,2	4,1

Q Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger - ¹⁾ Vorläufige
Werte

- 108 -

versicherung, da nunmehr eine größere Anzahl von Medikamenten unter der Grenze des Selbstbehaltes lagen. Für Heilbehelfe wurde nunmehr ein Selbstbehalt eingeführt. Der bisherige Entbindungsbeitrag für Mütter wurde gestrichen und durch eine Aufstockung der Geburtenbeihilfe ersetzt. Auch die Kürzung des Bestattungskostenbeitrages trug zur Dämpfung des Ausgabenwachstums bei. Der Aufwand für Krankenunterstützung (Krankengeld) war sogar absolut geringer als im Vorjahr (-5,2%). Dies bedeutet, daß sich im abgelaufenen Jahr die Zahl der Krankenstände erheblich verringert hat. Diese Annahme (genauere Daten sind derzeit noch nicht verfügbar) wird auch durch die Statistiken der Entgeltfortzahlung für Arbeiter bestätigt. Zum Teil dürfte die geringere Zahl der Krankenstände auch durch die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und die wachsende Sorge um den Arbeitsplatz bedingt gewesen sein.

Die beiden größten Aufwandspositionen, ärztliche Hilfe und Spitalspflege stiegen weiterhin überdurchschnittlich. Insbesondere die Ausgaben für Spitalspflege erhöhten sich mit +10% noch stärker als im Vorjahr. Nach den seit 1. Jänner 1978 geltenden Bestimmungen über die Krankenanstaltenfinanzierung werden die Pflegegebührenersätze mit Beginn jeden Jahres im Ausmaß der Wachstumsrate der Beitragseinnahmen aller Krankenversicherungsträger erhöht (wobei allerdings vor der Berechnung der Steigerungsrate jeweils die an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds gemäß § 447 f ASVG zu überweisenden Beträge der Krankenversicherungsträger von insgesamt 3,75% der Beitragseinnahmen für Pflichtversicherte Erwerbstätige, für freiwillig Versicherte und für

Arbeitslose abzuziehen sind). Aufgrund dieser Rechnung wurden die Pflegegebührenersätze 1982 um 8,5% erhöht. An den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds überwiesen die Träger der Krankenversicherung rd. 1,1 Mrd. S.

Für ärztliche Hilfe gaben die Krankenversicherungsträger rund 11,5 Mrd. S aus, um 5,9% mehr als im Vorjahr. Diese Steigerung war deutlich höher, als der Steigerung der Honorartarife entsprochen hätte, da die Zahl der Behandlungsfälle neuerlich gestiegen ist.

Die Beitragseinnahmen der Krankenversicherung betrugen 1982 knapp 41 Mrd. S, um 8,9% mehr als 1981. Diese Steigerung war fast doppelt so hoch als der Lohn- und Gehaltsentwicklung entsprochen hätte. Wichtigste Ursache hiefür war, daß mit 1.Jänner 1982 die Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung zusätzlich angehoben wurde - von bisher 75% auf nunmehr 80% des entsprechenden Wertes in der Pensionsversicherung. Außerdem war die Krankenversicherung vom Rückgang der Beschäftigung am wenigsten betroffen, da auch für Pensionisten und Arbeitslose Beiträge entrichtet werden. Während beispielsweise in der Pensionsversicherung die Zahl der aktiven Versicherten (und Beitragszahler) um über 43.000 Personen abnahm, nahm die Zahl der Krankenversicherten noch um über 20.000 Personen zu. Durch die deutlich stärkere Steigerung der Beitragseinnahmen als der Ausgaben konnte die Krankenversicherung im abgelaufenen Jahr ihre Gebarungsposition verbessern. Sie erzielte einen Einnahmenüberschuß im Ausmaß von 1,8 Mrd. S bzw. 3,8% der Gesamteinnahmen.

Übersicht 7Gebahrungsergebnisse in der Krankenversicherung

1981 und 1982

Beträge in 1.000 Schilling

B E Z E I C H N U N G	1981	1982 ¹⁾	VERÄNDERUNG IN %
Gesamteinnahmen	43.591,465	47.222,467	+ 8'3
Beiträge für Versicherte	37.637,346	40.981,621	+ 8'9
Beiträge des Bundes	615,420	649,171	+ 5'5
Sonstige Einnahmen	5.338,699	5.591,675	+ 4'7
Gesamtausgaben	43.508,133	45.404,751	+ 4'4
Ärztliche Hilfe	10.892,183	11.533,749	+ 5'9
Heilmittel	5.886,780	6.109,034	+ 3'8
Heilbehelfe	834,414	734,088	- 12'0
Zahnbehandlung, Zahnersatz	3.567,474	3.791,303	+ 6'3
Anstaltspflege, Haus- krankenpflege	10.451,692	11.496,547	+ 10'0
Überweisung an den Sonderfonds 2)	990,920	1.061,582	+ 7'1
Krankenunterstützung	2.605,507	2.469,270	- 5'2
Mutterschaftsleistungen	2.354,669	2.440,646	+ 3'7
Gesundheitsförderung, Krankheitsverhütung	689,386	708,477	+ 2'8
Jugendlichen- und Ge- sundenuntersuchung	159,198	171,698	+ 7'9
Bestattungskostenbeitrag	618,831	510,245	- 17'5
Fahrtspesen und Trans- portkosten	674,308	705,363	+ 4'6
Allgemeiner Verwaltungs- aufwand	1.734,687	1.859,887	+ 7'2
Sonstige Ausgaben	1.757,916	1.447,475	- 17'7
Zuweisung an Rücklagen	290,168	365,387	+ 25'9
S a l d o	+ 83,332	+1.817,716	-

1) Vorläufige Gebahrungsergebnisse

2) Gemäß § 447f ASVG

3.2 Unfallversicherung

Die Ausgaben der Unfallversicherung betrugen 1982 7,7 Mrd. S. Trotz einer geringeren Zahl an Unfallrenten (-1,1%) stiegen die Ausgaben relativ deutlich (+9,5%), wiewohl sich auch hier die Ausgabendynamik seit dem Vorjahr verlangsamt hat. Hiefür war vor allem die Steigerung der Ausgaben für Unfallheilbehandlung (+10,2%) maßgebend. Die starke Zunahme der "sonstigen Ausgaben" erklärt sich aus Überweisungen an die Pensionsversicherung von insgesamt 650 Mill. S. Die wichtigste Ausgabenposition, die Unfallrenten, stiegen nur um 4,8%. Insgesamt wurden Ende 1982 knapp 124.000 Versehrten- und Hinterbliebenenrenten ausbezahlt. Die durchschnittliche Versehrtenrente betrug Ende 1982 etwa 1.600 S. Dieser relativ geringe Betrag erklärt sich aus dem hohen Gewicht der "Teilrenten", die an Leichtversehrte (mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit bis zu 49%) gezahlt werden.

Die Einnahmen der Unfallversicherung aus Beiträgen für Versicherte betrugen 1982 knapp 6,8 Mrd. S. Die Steigerung von 4,7% entsprach genau dem nominellen Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Brutto-Lohn- und Gehaltssumme. Die Zahl der unfallversicherten Personen war mit 4,878 Mill. weiter rückläufig. Durch diese Entwicklung der Ausgaben und der Einnahmen schloß die Unfallversicherung das Geschäftsjahr 1982 mit einem Defizit in der Höhe von 318 Mill. S ab. Der Gebärungsabgang konzentrierte sich im wesentlichen auf den größten Träger, die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt. Sie hatte allerdings einen bedeutenden Beitrag in der Höhe von 550 Mill. S zur Finanzierung der Pensionsversicherung zu leisten.

Übersicht 8Gebahrungsergebnisse der Unfallversicherung
1981 und 1982

Beträge in 1.000 Schilling

B E Z E I C H N U N G	1981	1982 ¹⁾	VERÄNDERUNG IN %
Gesamteinnahmen	7,,124,746	7,,427,532	+ 4'2
Beiträge für Versicherte	6,,490,187	6,,793,023	+ 4'7
Bundesbeitrag gemäß § 31 BSVG	200,417	202,155	+ 0'9
Sonstige Einnahmen	434,142	432,354	- 0'4
Gesamtausgaben	7,,076,698	7,,745,955	+ 9'5
Rentenaufwand	3,,384,213	3,,547,434	+ 4'8
Unfallheilbehandlung	1,,663,077	1,,832,243	+ 10'2
Sonstige Leistungen	360,718	410,971	+ 13'9
Auszahlungsgebühren	10,632	10,141	- 4'6
Verwaltungsaufwand	557,925	594,705	+ 6'6
Sonstige Ausgaben	1,,097,314	1,,343,686	+ 22'5
Zuweisung an Rücklagen	2,819	6,775	+140'3
S a l d o	+ 48,048	- 318,423	-

1) Vorläufige Gebahrungsergebnisse

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

3.3 Pensionsversicherung

3.3.1 Zahl der Pensionen

Die Ausgaben der Pensionsversicherung betrugen aufgrund der vorläufigen Gebarungsrechnung etwa 119 Mrd. S. Davon entfielen 99 Mrd. S auf die Versicherung der Unselbständigen, knapp 20 Mrd. S auf die der Selbständigen. Die Ausgabendynamik war in der Versicherung der Selbständigen geringfügig schwächer (+7,6%), in der der Unselbständigen etwas stärker (+9,8%) als im Vorjahr. Darin kommt die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt zum Ausdruck, die der Pensionsversicherung zusätzliche finanzielle Lasten dadurch aufbürdet, daß ältere Arbeitnehmer tendenziell früher in Pension gehen als bei guter Konjunkturlage. Die Zahl der Pensionen stieg daher auch rascher als in den letzten Jahren. Zu Jahresende 1982 wurden 1,536.200 Pensionen ausgezahlt, um 28.500 bzw. 1,9% mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Bezieher hat sich bei allen Pensionsarten, mit Ausnahme der Waisenpensionen erhöht. Überdurchschnittlich stark stieg die Zahl der Alterspensionen an Unselbständige (+3,6%), vor allem an Angestellte (+7,0%). Darin spiegelt sich der steigende Anteil der Angestellten an den Erwerbstätigen, sowie die steigende Frauenerwerbstätigkeit in den letzten Jahrzehnten. Von den Pensionen an Selbständige nahmen die Erwerbsunfähigkeitspensionen um 3,6% zu, während die Zahl der Alterspensionen um 0,7% zurückging. Nach den Folgewirkungen verschiedener Leistungsverbesserungen (vor allem bei den Bauernpensionen) hat sich die Entwicklung hier weitgehend normalisiert.

Übersicht 9

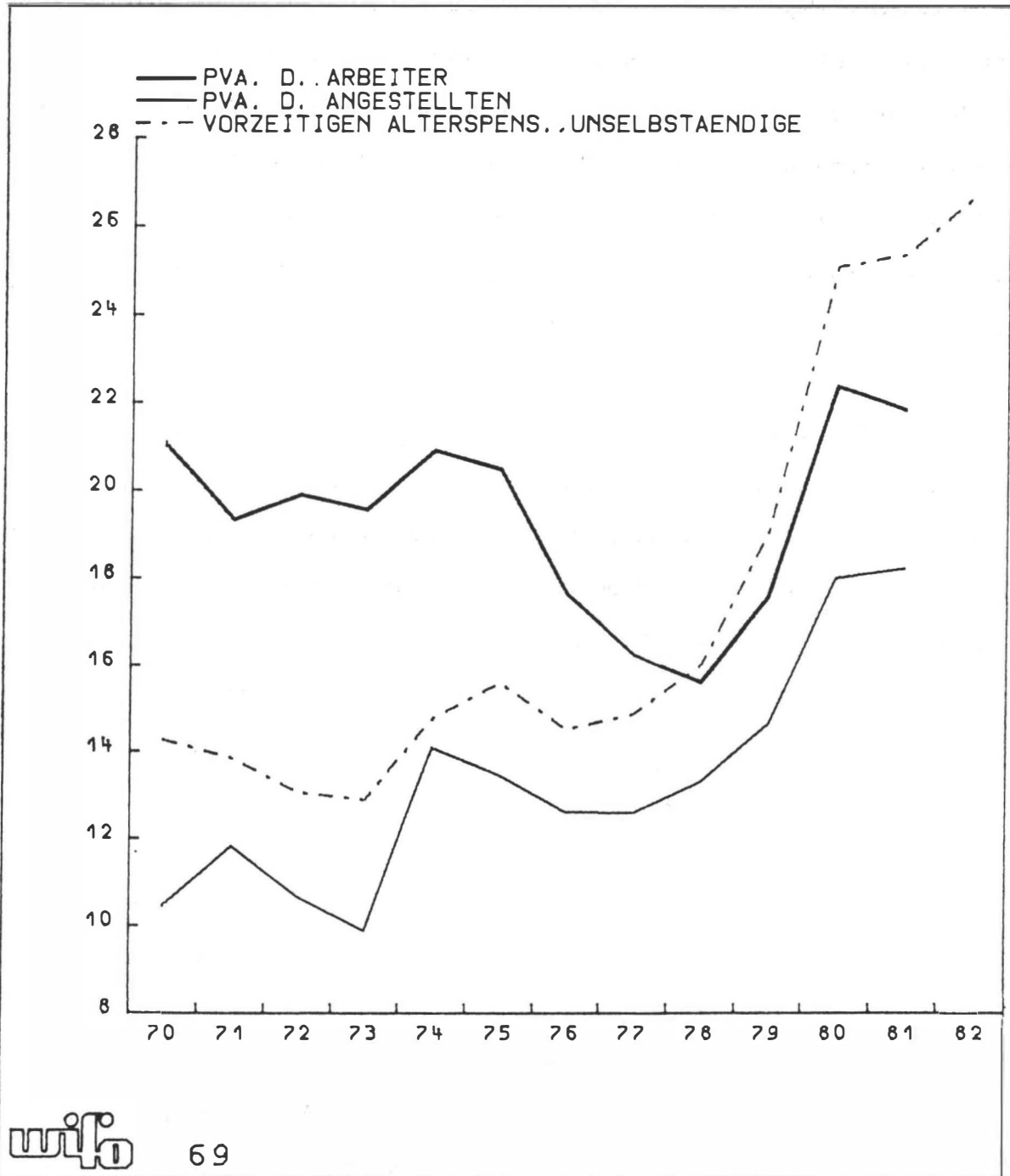
Die Entwicklung der Pensionen nach Arten ¹⁾							
	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1982
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						Anzahl
Pensionären							
Unselbständige	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,2	1 223 863
Alter	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,1	+ 3,8	+ 3,4	+ 3,6	551 119
Invalidität	- 0,5	- 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,8	245 746
Witwen	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,0	368 480
Waisen	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,0	- 1,5	- 1,0	58 518
Selbständige	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	312 339
Alter	+ 1,0	- 1,0	- 0,4	- 0,4	- 0,6	- 0,7	146 604
Invalidität	+ 6,7	+ 5,9	+ 4,4	+ 3,1	+ 3,6	+ 3,6	63 433
Witwen	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	87 578
Waisen	- 1,6	- 0,4	- 2,0	- 3,1	- 3,2	- 3,0	14 724

Q Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Stand im Dezember

Die Zahl der vorzeitigen Alterspensionen erhöhte sich neuerlich kräftig. Ein guter Teil hievon ist auf die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zurückzuführen. Die Zahl der vorzeitigen Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer betrug Ende 1982 89.700 und war um 14,4% höher als 1 Jahr zuvor; die vorzeitigen Alterspensionen bei Arbeitslosigkeit erhöhten sich auf 10.200 (+20,1%). Betrachtet man jedoch die Neuzugänge an vorzeitigen Alterspensionen, so sind sie in den beiden letzten Jahren nicht mehr so rasch gestiegen wie in den späten siebziger Jahren.

Die Zahl der ausbezahlten Pensionen ist nicht identisch mit der der Pensionsbezieher. Wie aus einer Auswertung der Versicherungsdatei des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger hervorgeht, war zum Stichtag 1.Juli 1982 die Zahl der Pensionen um über 9% höher als die Zahl der Pensionsbezieher. Vor allem bei den Witwen ist die Zahl der Doppel-Pensionsbezieher groß. Rund 29% von ihnen bezog neben einer Witwenpension noch eine eigene Alterspension oder Invaliditätspension.

Durch die 36. Novelle zum ASVG wurde eine Witwerpension eingeführt, für die "spiegelgleich" die Anspruchsvoraussetzungen gelten wie bisher bereits für die Witwenpensionen. Voraussetzung ist, daß der Versicherungsfall nach dem 31. Mai 1981 eingetreten ist. Insgesamt haben seit Juni 1981 rd. 3.800 Witwer einen Antrag auf Witwerpension gestellt. Im Dezember 1982 haben die Pensionsversicherungsträger 3.065 Witwerpensionen ausbezahlt. Der Aufwand

Abbildung 2NEUZUGAENGE AN ALTERSPENSIONEN
ABSOLUT, IN 1000

hiefür betrug 1982 erst 32 Mill. S (0,03% des gesamten Pensionsaufwands), wird aber in den nächsten Jahren rasch zunehmen.

3.3.2 Entwicklung der Durchschnittspension

Die jährliche Anpassung der Renten und Pensionen trug 1982 nur wenig zur Ausgabensteigerung bei. Der Anpassungsfaktor von 5,2% war kaum höher als 1981. Darin spiegelt sich die gedämpfte Lohn- und Gehaltsentwicklung der letzten Jahre. Die effektive Durchschnittspension stieg aber gegenüber dem Vorjahr um 7,6%. Diese wesentlich über den Anpassungsfaktor hinausgehende Steigerung erklärt sich aus Veränderungen in der Struktur des Pensionsstandes, wie sie auch in der Vergangenheit regelmäßig zu beobachten waren. Hierzu zählt vor allem die Anteilsverschiebung zugunsten der "teuren" Pensionen, insbesondere Alterspensionen für Angestellte. Auch die überproportionale Steigerung der höchstmöglichen Pension trug dazu bei. Aufgrund der außertourlichen Erhöhungen der Höchstbeitragsgrundlagen zwischen 1977 und 1979 stieg sie im abgelaufenen Jahr um 8,6%, allerdings nicht mehr so stark wie in den Vorjahren.

3.3.3 Zahl der Versicherten; Belastungsquote

Die Einnahmen der Pensionsversicherung aus Beiträgen der Versicherten betrugen 1982 rd. 87,2 Mrd. S. Dies entsprach einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von nur knapp über 4%.

- 118 -

Sowohl bei den Unselbständigen als auch bei den Selbständigen fiel die geringere Zahl der Versicherten ins Gewicht. Bei den Unselbständigen sank die Versichertenzahl auf Grund der Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt um 40.100 Personen bzw. 1,6%. Davon war vor allem die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter betroffen; in der Pensionsversicherung der Angestellten stieg die Versichertenzahl noch geringfügig. In der Pensionsversicherung der Selbständigen verringerte sich der Versichertenstand um 3.561 oder 1%.

Der beschleunigte Anstieg der Pensionen bei rückläufiger Zahl der Versicherten ließ die Belastungsquote in der Pensionsversicherung erheblich steigen. Fielen 1981 noch 531 Pensionsbezieher auf 1.000 aktive Versicherte, waren es 1982 bereits 549. Im Bereich der Pensionsversicherung der Unselbständigen erhöhte sich die Pensionsbelastungsquote von 486 auf 504 und im Bereich der Pensionsversicherung der Selbständigen von 825 auf 838.

3.3.4 Finanzielle Gebarung; Bundesbeitrag

Auch in der Pensionsversicherung blieb das Wachstum der Beitragseinnahmen (+4,1%) weit hinter dem der Ausgaben (+9,4%) zurück. Die größtenteils konjunkturbedingte Verschärfung der Finanzierungsprobleme ging voll zu Lasten des Bundeshaushalts, der die Ausfallhaftung in der Pensionsversicherung trägt.

Übersicht 10Pensions-Belastungsquote

(Pensionsversicherte : Pensionsbezieher)

Jahresdurchschnitte 1978 - 1982

VERSICHERUNGSBEREICH (VERSICHERUNGSTRÄGER)	AUF JE 1000 PENSIONSVERSICHERTE ENTFALLEN PENSIONSBEZIEHER				
	1978	1979	1980	1981	1982
Pensionsversicherung i n s g e s a m t	516	521	523	531	549
Pensionsversicherung der Unselbständigen	469	473	477	486	504
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter	592	598	605	617	645
Versicherungsanstalt der österr. Eisenbahnen	622	628	610	588	564
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	284	288	295	303	317
Versicherungsanstalt des österr. Bergbaues	1.885	1.956	1.970	1.999	2.065
Pensionsversicherung der Selbständigen	819	841	823	825	838
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	746	759	726	727	740
Sozialversicherungsanstalt der Bauern	986	917	920	924	936
Versicherungsanstalt des österr. Notariates	601	581	569	561	536

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

- 120 -

Sein Finanzierungsbeitrag (ohne Ersätze von Ausgleichszulagen) erhöhte sich um mehr als ein Drittel auf knapp 25 Mrd. S. Der Großteil des finanziellen Mehraufwands ging an die Pensionsversicherung der Unselbständigen, die auch von der ungünstigeren Arbeitsmarktlage am stärksten betroffen wurde. Der auf sie entfallende Bundesbeitrag betrug 12,6 Mrd. S und war um knapp 76% höher als im Jahr 1981. Erstmals seit 1971 mußte auch die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten wieder einen Bundesbeitrag in Anspruch nehmen, und zwar im Ausmaß von 2,34 Mrd. S. Ihr Bedarf an Bundesmitteln wird in den kommenden Jahren rasch ansteigen.

Der Finanzierungsanteil des Bundes ist bei den einzelnen Versicherungsträgern unterschiedlich hoch. Gemessen am Pensionsaufwand betrug er in der Pensionsversicherung der Unselbständigen 1982 15,2%, in jener der Selbständigen jedoch nicht weniger als 82,1%.

Der Aufwand für Ausgleichszulagen wird den Versicherungsträgern vom Bund ersetzt. Er betrug im abgelaufenen Jahr 6,16 Mrd. S. Einschließlich dieser Ersätze für Ausgleichszulagen leistete der Bund zur Finanzierung der Pensionsversicherung 31,1 Mrd. S. Sein Finanzierungsanteil an den Gesamtausgaben der Pensionsversicherung, der sich seit 1977 aufgrund mehrfacher Beitragserhöhungen für die Versicherten erheblich verringert hatte (von 34% auf rd. 22%), erhöhte sich dadurch auf knapp über 25%.

Übersicht 11

Gebbarungsergebnisse in der Pensionsversicherung
1981 und 1982

Beträge in 1.000 Schilling

B E Z E I C H N U N G	1981	1982 ¹⁾	VERÄNDERUNG IN %
Gesamteinnahmen	109,364,521	119,573,173	+ 9'3
Beiträge für Versicherte	83,704,220	87,158,403	+ 4'1
Bundesbeitrag	18,289,294	24,962,595	+ 36'5
Ersätze für Ausgleichs- zulagen	5,840,560	6,159,493	+ 5'5
Sonstige Einnahmen	1,530,447	1,292,682	- 15'5
Gesamtausgaben	108,789,632	119,040,631	+ 9'4
Pensionsaufwand	89,184,656	97,723,940	+ 9'6
Ausgleichszulagen	5,840,560	6,159,493	+ 5'5
Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation	1,480,898	1,601,790	+ 8'2
Beiträge zur Krankenver- sicherung der Pensionisten	6,809,965	7,445,049	+ 9'3
Sonstige Leistungen	1,241,316	1,460,905	+ 17'7
Auszahlungsgebühren	92,537	93,823	+ 1'4
Allgemeiner Verwaltungs- aufwand	3,061,792	3,287,785	+ 7'4
Sonstige Ausgaben	1,047,333	1,243,917	+ 18'8
Zuweisung an Rücklagen	30,575	23,929	- 21'7
S a l d o	+ 574,889	+ 532,542	-

1) Vorläufige Gebahrungsergebnisse

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

- 122 -

Übersicht 12Entwicklung des Bundesbeitrages in der
Pensionsversicherung

In Mill.S

JAHR	PV INSGESAMT	D A V O N		
		ASVG	GSVG ¹⁾	BSVG ²⁾
1956	376	376	-	-
1961	2.101	1.680	178	243
1966	5.122	4.333	439	350
1967	5.994	5.066	563	365
1968	6.842	5.629	707	506
1969	7.279	5.937	834	508
1970	7.579	5.841	1.012	726
1971	8.195	6.182	1.275	738
1972	8.926	6.205	1.565	1.156
1973	9.605	6.460	1.780	1.365
1974	12.154	7.968	2.342	1.844
1975	15.933	10.774	2.869	2.290
1976	18.171	11.852	3.531	2.788
1977	21.145	13.483	4.104	3.558
1978	16.357	8.101	4.204	4.052
1979	18.368	9.196	4.574	4.598
1980	16.666	6.990	5.134	4.542
1981	18.289	7.156	6.079	5.054
1982 ³⁾	24.963	12.590	6.745	5.628

1) Einschließlich Überweisung aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer und Überweisung gemäß § 12 Abs.3 WBG

2) Einschließlich Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (BGBl.Nr.166/1960) und Überweisung gemäß § 12 Abs.3 WBG

3) Vorläufige Gebarungsergebnisse

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Übersicht 13**Anteil der Bundesbeiträge am Gesamtaufwand der
Pensionsversicherung¹⁾**

	Gesamtaufwand		Bundesbeitrag ²⁾		Bundesbeitrag in % des Gesamtaufwands
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1974	51 666	+ 17,4	15 362	+ 18,7	29,7
1975	60 249	+ 16,6	20 957	+ 36,4	34,8
1976	68 992	+ 14,5	23 221	+ 10,8	33,7
1977	76 287	+ 10,6	26 052	+ 12,2	34,1
1978	83 688	+ 9,7	21 981	- 15,6	26,3
1979	91 643	+ 9,5	23 416	+ 6,5	25,6
1980	99 877	+ 9,0	21 461	- 8,3	21,5
1981	108 790	+ 8,9	23 841	+ 11,1	21,9
1982 ³⁾	119 041	+ 9,4	30 015	+ 25,9	25,2

Q Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Bundesrechnungsabschluß — ¹⁾ Pensionsversicherung der Selbständigen und Unselbständigen — ²⁾ Einschließlich Ausgleichszulagen — ³⁾ Vorläufige Werte

3.3.5 Kaufkraft der Pensionen

Der Anpassungsfaktor der Renten und Pensionen von 5,2% im Jahr 1982 war einer der niedrigsten seit Einführung der Pensionsdynamik. Durch diese Erhöhung wurde die Inflation nicht ganz ausgeglichen. Der spezielle Verbraucherpreisindex für Pensionisten erhöhte sich im abgelaufenen Jahr um 5,9%. Dies bedeutet, daß die Pensionisten neuerlich, im dritten aufeinanderfolgenden Jahr, Realeinkommensverluste hinnehmen mußten, im Ausmaß von etwa 3/4%. Insgesamt betrug der Kaufkraftverlust der Pensionen in den letzten 3 Jahren etwas über 3%. In der längerfristigen Betrachtung hat sich allerdings der Realwert der Pensionen deutlich erhöht.

Die durchschnittliche Alterspension eines Unselbständigen betrug Ende 1982 6.233 S (Arbeiter 5.191 S, Angestellte 8.001 S). Die höchstmögliche Pension in der Sozialversicherung nach dem ASVG betrug 15.196 S monatlich.

Erreicht das Gesamteinkommen eines Pensionisten nicht die Höhe des Richtsatzes, so hat er einen Anspruch auf eine Ausgleichszulage zur Pension, und zwar in der Höhe der Differenz zwischen seinem Gesamteinkommen und dem Richtsatz. Der Richtsatz für die Ausgleichszulage betrug 1982 für Ehegatten 5.677,- S, für Alleinstehende 3.955,- S. Die Mindestpensionen wurden, wie oftmals in den letzten Jahren, überdurchschnittlich angehoben (+6,8%).

Übersicht 14Durchschnittspensionen

(in Schilling)

VERSICHERUNGSTRÄGER	DURCH- SCHNITTSPENSION DEZEMBER 1982	ERHÖHUNG GEGENÜBER DEZEMBER 1981	
	S	S	%
PV insgesamt	4.789	338	7'6
PV der Unselbständigen	4.999	353	7'6
PVA der Arbeiter	4.313	287	7'1
VA d.ö.Eisenbahnen	4.011	319	8'6
PVA der Angestellten	6.563	453	7'4
VA d.ö.Bergbaues	6.063	425	7'5
PV der Selbständigen	3.966	268	7'2
SVA d.gew.Wirtschaft	4.776	332	7'5
SVA der Bauern	3.308	212	6'8
VA d.ö.Notariates	17.476	1.654	10'5

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Übersicht 15Durchschnittliche Alterspension

(in Schilling)

VERSICHERUNGSTRÄGER	D E Z E M B E R				STEIGERUNG 1970-1982 IN %
	1970	1975	1981	1982	
PV insgesamt	1.863	3.280	5.533	5.955	219'6
PV der Unselbständigen	2.182	3.612	5.843	6.272	187'4
PVA der Arbeiter	1.867	3.082	4.864	5.191	178'0
VA d.ö.Eisenbahnen	1.940	3.348	5.541	5.997	209'1
PVA der Angestellten	2.953	4.737	7.485	8.001	170'9
VA d.ö.Bergbaues	3.405	5.675	8.958	9.565	180'9
PV der Selbständigen	965	2.269	4.418	4.765	393'8
SVA d.gew.Wirtschaft	1.644	3.015	5.405	5.834	254'9
SVA der Bauern	478	1.674	3.466	3.713	676'8
VA d.ö.Notariates	7.206	14.529	27.049	29.173	304'8

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Übersicht 16

Anpassungsfaktor und Veränderung der Unselbständigeneinkommen		
	Anpassungsfaktor in %	Monatliches Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer Veränderung gegen das Vorjahr in %
1974	+ 11,9 ¹⁾	+ 13,6
1975	+ 13,2 ¹⁾	+ 11,8
1976	+ 13,0 ¹⁾	+ 9,1
1977	+ 7,0	+ 8,3
1978	+ 6,9	+ 7,1
1979	+ 6,5	+ 5,5
1980	+ 5,6	+ 6,1
1981	+ 5,1	+ 7,7
1982	+ 5,2	+ 5,9
1983	+ 5,5	+ 4,7 ¹⁾

Q Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, eigene Berechnungen — ¹⁾ Richtzahl 1974 10,4%, 1975 10,2%, 1976 11,5%, ab 1. Juli 1974 und ab 1. Juli 1975 jeweils zusätzlich 3% Pensionserhöhung — ¹⁾ WIFO-Prognose

Trotzdem verringerte sich die Zahl der Bezieher einer Ausgleichszulage neuerlich. Der Anteil der Pensionen, die durch eine Ausgleichszulage ergänzt werden, sank unter ein Fünftel.

3.3.6 Sonderruhegeld

Das mit 1. Juli 1981 in Kraft getretene Nachtschicht-Schwerarbeitergesetz (NSchG) sieht neben anderen Maßnahmen die Gewährung eines Sonderruhegeldes vor. Anspruch auf diese neue Leistung haben derzeit Männer ab dem 57. Lebensjahr und Frauen ab dem 52. Lebensjahr, wenn sie in den letzten 20 Jahren mindestens 15 Jahre Nachtschicht-Schwerarbeit geleistet haben.

Zum Stichtag 31. Dezember 1982 wurden von den Krankenversicherungsträgern 12.291 Versicherte nach dem NSchG registriert, davon 12.288 Männer und 3 Frauen.

Der Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beitrag beträgt derzeit 2,5 v.H. der allgemeinen Beitragsgrundlage in der nach dem ASVG geregelten Pensionsversicherung. Dieser Beitrag wird von den Krankenversicherungsträgern eingehoben und an den Bund abgeführt. Der Bund ersetzt den Pensionsversicherungsträgern die Aufwendungen für das Sonderruhegeld, die Beiträge für die Krankenversicherung der Empfänger von Sonderruhegeld und die Leistungen der Gesundheitsvorsorge für Versicherte, die Nachtschicht-Schwerarbeit leisten. Die gesamte Ersatzleistung des Bundes ist aber mit 110 v.H. des

Aufwandes für Sonderruhegeld begrenzt. Einen allfälligen Fehlbetrag haben die Pensionsversicherungsträger aus ihrer ordentlichen Gebarung zu decken.

Die Sonderruhegeld-Empfänger sind von den Pensionsversicherungsträgern verwaltungstechnisch wie Pensionisten zu behandeln. Die Pensionsversicherungsträger haben jedoch die Aufwendungen und Erträge nach dem NSchG nicht im eigenen Budget, sondern in einer gesonderten Erfolgsrechnung nachzuweisen.

Zum Stichtag 31. Dezember 1982 wurden an 578 Personen ein Sonderruhegeld gezahlt. Das durchschnittliche Sonderruhegeld (einschließlich Zulagen) betrug im Dezember 1982 S 11.430,-. Von den Pensionsversicherungsträgern wurden im Jahre 1982 für Sonderruhegeld 88,1 Mill. Schilling, für die Gesundheitsvorsorge der nach dem NSchG Versicherten 9,1 Mill. Schilling und für die Krankenversicherung der Empfänger von Sonderruhegeld 6,6 Mill. Schilling aufgewendet (laut vorläufiger Gebarung).